

caritas in NRW

Zeitschrift der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn

Zwischen Regelungswut und Kontrollwirrwarr

Zu viel Bürokratie

CARITAS HEUTE: Frühzeitige Prävention
Kindergarten-Projekt „Papilio“

ISSN 1617-2434
G 5546

BISTUMSSPIEGEL
Caritas in Ihrer Region – Menschen in der Caritas





Liebe Leserin, lieber Leser,

auf die Bürokratie kann man immer schimpfen. In jedem Wahlkampf gehört die Forderung nach Entbürokratisierung zum Repertoire der Kandidaten – die Zustimmung aller Wählerschichten ist gewiss. Warum aber sind Bürokratie und Kontrolle ein Thema für die Caritas?

Gerade haben wir wieder erlebt, wie ein sozialpolitisch gewolltes Vorhaben, das Bildungs- und Teilhabepaket für arme Kinder, in der Praxis zunächst einmal weitgehend untauglich ist. Aus der Angst vor Mitnahme-Effekten, vor Missbrauch und vor ungewollten Wirkungen ist das Gesetz so kompliziert, dass bislang nur ein Bruchteil der Berechtigten überhaupt Ansprüche anmeldet. Gleichzeitig gehen nach Schätzungen 20 Prozent des 800 Millionen Euro schweren Pakets für Verwaltungskosten drauf. Jetzt überlegen Politiker und Verwaltung, wie man die Antragstellung vereinfachen kann.

Zweites Beispiel: Qualitätskontrollen und Dokumentationen haben in den Pflegeheimen enorm zugenommen. Aus gutem Grund: Es geht um Menschen, die sich selbst nicht mehr helfen können. Transparenz, Qualität, Nachprüfbarkeit sind in der Pflege wichtig und richtig. Inzwischen jedoch hat das Kontroll- und Qualitätssystem kafkaeske Züge angenommen. Doppel- und

Mehrfachprüfungen desselben Tatbestands sind nicht selten. Der Aufwand ist enorm, das System beschäftigt sich zunehmend mit sich selbst. Schon der Begriff „Pflege-TÜV“ – aus der Automobilbranche übernommen – klingt so wenig menschlich, wie sich das System für die Mitarbeitenden, vor allem aber auch für die zu Pflegenden präsentiert. Die Klagen über die Pflegebürokratie reißen nicht ab – auch bei den Pflegeheimen, die gut abschneiden.

Bei seinem Amtsantritt sprach der neue Gesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) davon, dass das System entbürokratisiert werden soll. Qualität in der Pflege gebe es nur durch mehr Zeit für die Pflegebedürftigen. Die Diskussionen über die nächste Pflegereform laufen an – und genau jetzt ist der geeignete Zeitpunkt, um die Mängel des jetzigen Systems in die Politik zu kommunizieren. Die Politik wird sich daran messen lassen müssen, ob sie mehr Bürokratie, Kontrolle und Normierung produziert oder ob sich die Qualität in der Pflege verbessert. Das System ist offensichtlich an einem Punkt angelangt, wo das eine das andere ausschließt.



Markus Lahmann
Chefredakteur

Ihr

Inhaltsverzeichnis

Titelbild: Fotolia



Ist das bürokratisch! 4
Bei Klagen über zu viel Bürokratie muss man schon genauer hinsehen

Ständig gegenhalten 9
Hartz IV und die Bürokratie

Das Geld fehlt den Betroffenen 12
Aufwand und Kosten für die Umsetzung des Bildungspakets

„Wichtig sind konkrete Vorschläge“ 14
Normenkontrollrat sieht Handlungsbedarf

Wer prüft die Prüfer? 16
Wie Bürokratie gute Pflege erschwert



Mangel, Überforderung und harte Strafen 22
Studie über die konfessionelle Heimerziehung nach dem Krieg

Frühzeitige Prävention 23
Kindergarten-Projekt „Papilio“



Aachen	24	Münster	40
Essen	28	Paderborn	44
Köln	34		



Neue Bücher und Web-Tipps 48
Impressum 50

„Ist das bürokratisch!“

Foto: Kalscheid

Klagen über zu viel Bürokratie sind billig, man muss schon genauer hinsehen

Von Georg Cremer

„Ist das bürokratisch!“ Wem entfährt diese Klage nicht immer wieder. Oft gibt es dazu durchaus Grund, wenn Hilfen weniger wirksam sind, als sie sein könnten, den Nöten des Einzelnen nicht befriedigend entsprochen werden kann oder der administrative Aufwand in keinem Verhältnis zur erzielten Wirkung steht.

Von der Kritik an bürokratischen Verfahren ist es nur ein kleiner Schritt zur Kritik an denjenigen, die als Ausführende in der Verwaltung diese Verfahren administrieren müssen. Oft wird der Ärger dann aber an der falschen Stelle abgeladen. Keine Verwaltung kann ohne „Bürokratie“ funktionieren. Ganz im Gegenteil, die Vorstellung einer „unbürokratischen Verwaltung“ wäre aus meiner Sicht eine Horrorvorstellung. Denn ein gedeihliches gesellschaftliches Leben ist zwingend darauf angewiesen, dass Regierung und Verwaltung an Recht und Gesetz gebunden sind. Nur in der Bindung an das Gesetz ist staatliches Handeln demokratisch legitimiert. Politiker, die einerseits Gesetze mit engen Vorgaben beschließen, dann aber auf die Verwaltung schimpfen, die „zu bürokratisch sei“, stehlen sich aus ihrer Verantwortung. Die Bindung der Verwaltung an Gesetz und Recht erfordert es, auch Regeln festzulegen, die im Handeln des Alltags praktikabel sind. Dazu gehört,

dass der Verwaltung ein ausreichendes Ermessen eingeräumt wird, denn nur so lassen sich Rechtsstaatlichkeit und Flexibilität verbinden.

Die Bindung staatlichen Handelns an Recht und Gesetz muss gerade auch für den Sozialbereich gelten. In ihrer langen Geschichte hat sich die verbandliche Caritas dafür starkgemacht, dass die auf Hilfe angewiesenen Bürger von Almosenempfängern zu Trägern klar definierter Rechte werden. Unser System sozialer Sicherung definiert – zumindest für die großen, die Gesellschaft in ihrer Mehrheit betreffenden sozialen Risiken – Rechtsansprüche. Ob bei den Bürgern in ihren jeweiligen konkreten Bedarfslagen ein Rechtsanspruch gegenüber Leistungsträgern gegeben ist, muss von Verwaltungen – also „Bürokratien“ – bewertet und entschieden werden.

Unbürokratische Lösungen sind oft nicht gerecht

Wenn wir ehrlich sind, so müssen wir einräumen, dass viele sozialpolitische Vorschläge der Caritas eher zu einer Zunahme von Prüfungsvoraussetzungen und Bewertungstatbeständen geführt haben, also, wenn man es negativ ausdrücken will, zu „mehr Bürokratie“. Beispiel Kosten der Unterkunft: Seit Anfang 2011 ist gesetzlich geregelt, dass die Länder die Kommunen ermächtigen oder verpflichten können, die Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe

zu pauschalieren. Argument hierfür war u. a. auch der dadurch erreichbare Abbau von Bürokratie. Die Caritas hat dieser Gesetzesänderung vehement widersprochen. Aus guten Gründen. Die Mietkosten in den Städten, der Bauzustand der Häuser (und damit die Heizkosten) sind viel zu unterschiedlich, um eine sachgerechte Pauschalierung zu ermöglichen. Wer als Hilfsbedürftiger eine Pauschale für Miete und Heizkosten erhält, aber deutlich überdurchschnittliche Kosten hat, dessen soziokulturelles Existenzminimum wird faktisch nicht gedeckt. Also müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Kosten der Unterkunft individuell abgerechnet werden – mit allen Folgen für „Bürokratie“ und der Belastung der Sozialgerichte, die damit verbunden sind. Einfache Lösungen mögen unbürokratisch sein, aber sie sind oft nicht gerecht.

Natürlich ist mit diesen grundsätzlichen Bemerkungen das Thema „Bürokratieabbau“ nicht erledigt. Im Rahmen der gesetzlichen Regelungen gibt es Spielraum für unterschiedliche Verhaltensweisen, die stärker bürger- und dienstleistungsorientiert oder abweisend und bürgerfern sein können. Es ist schließlich bezeichnend, dass der „Dienst nach Vorschrift“ die Streikform ist, die Verwaltungen am wirksamsten lahmlegen kann. Auch sinnvolle Regelungen kann man zu Tode reiten und in Überängstlichkeit so lange zu Lasten des Bürgers interpretieren, bis eine Verwaltung unbeweglich ist. Auch kann das Interesse der Verwaltungen an ihrem Selbsterhalt und der Festigung ihrer Macht dazu verleiten, die Entscheidungsfreiheit der Bürger weiter einzuschränken. Fehlende Bürgernähe ist allerdings kein ausschließliches Problem des staatlichen Sektors, wie jeder weiß, der einmal in der Warteschleife eines Telefonanbieters gelandet ist. Auch wir müssen uns immer wieder selbstkritisch prüfen, ob die Arbeitsabläufe bei uns bürgernah und dienstleistungsorientiert sind und wo wir noch besser werden können.

Kritisch zu fragen ist auch, wieweit die Wechselwirkung zwischen politischem Prozess und medialer Aufgeregtheit das administrative Regelwerk weiter einengt, also „Bürokratie“ erzeugt. Erinnern wir uns: Als Kevin in Bremen starb und auch einige andere schockierende Fälle von Kindesmisshandlung und Kindesötung das Schicksal verwaarloster und misshandelter Kinder ins öffentliche Bewusstsein rückten, wollte die Bundesregierung durch eine Novellierung des Kinder- und Jugendhilferechtes Handlungsfähigkeit dokumentieren. Die Jugendämter sollten u. a. gezwungen werden, auf jeden übermittelten Verdacht mit einem Hausbesuch



Karikatur: Mester

zu reagieren. Zum Glück konnte die zu befürchtende Rückentwicklung des Jugendamts zu einem Akteur der Eingriffsverwaltung in der weiteren politischen Debatte dann doch verhindert werden. Aber die damalige Aufgeregtheit aus – ohne Zweifel – völlig berechtigter Betroffenheit zeigt einen Mechanismus auf, der bei der Klage über „zu viel Bürokratie“ nicht vergessen werden sollte: In Reaktion auf einige Fälle und basierend auf eher vagen Überlegungen, wie diese konkreten Fälle hätten verhindert werden können, wird in medialer Zuspitzung eine neue Regel für alle gefordert. Dies führt dann in die Inflexibilität und in staatliche Überforderung. Aber es fällt auch uns schwer zuzugeben, dass staatliches Handeln Grenzen hat und dass in einer freien Gesellschaft, zu der auch ein Vertrauensvorschuss an die Erziehungskompetenz der Eltern gehört, nicht alles Unheil präventiv vermieden werden kann. Nebenbei gesagt: Um Kevin zu schützen, fehlten dem Jugendamt weder Gesetze noch Informationen.

Soziale Arbeit braucht Vertrauen

Es gibt eine weitere Quelle für „Bürokratie“ in der negativen Bedeutung unserer Alltagssprache: Sie heißt Misstrauen. Unsere komplexe arbeitsteilige Gesellschaft beruht auf Vertrauen, Vertrauen darauf, dass unsere Vertragspartner uns nicht übers Ohr hauen und ihre Zusagen einhalten. Ohne Vertrauen können die Mitglieder einer Gesellschaft nicht zum gegenseitig-



Prof. Dr. Georg Cremer ist Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes.

► gen Vorteil kooperieren. Das gilt auch für die sozialen Dienste. Vertrauen ist eine zentrale Bedingung für das Funktionieren eines subsidiär gestalteten Systems sozialer Dienstleistungen. Die Hilfesuchenden müssen sich auf die professionelle und vertrauensvolle Zusammenarbeit von Leistungsträgern und Leistungserbringern verlassen können. Unser Sozialrecht erwähnt an vielen Stellen die Verpflichtung zur Zusammenarbeit. Nun ist die Forderung nach Vertrauen kein Freibrief für Naivität oder fehlende Kontrolle. Aber das subsidiäre System der Erbringung sozialer Dienstleistungen nimmt Schaden, wenn aus legitimen Transparenzanforderungen überregulierte Kontrolle wird. Die Sicherung der Qualität der Pflege ist ohne Frage ein wichtiges Anliegen, aber wenn die Last der Dokumentationspflichten den Pflegekräften die Zeit für jedes Gespräch raubt, leiden auch die zu Pflegenden. Auch hier reicht es nicht, nostalgisch die Zeiten zu beschwören, in denen diese Pflichten nicht bestanden, sondern wir müssen einem überbordenden staatlichen Kontrollanspruch eigene transparente Systeme der Qualitätssicherung entgensetzen, Systeme, die wir selbst verantworten und die die Wirkung unserer Arbeit im Interesse der Hilfesuchenden nachweisen können. Qualitätssicherung und Transparenz sind eine Bringschuld von uns. Den damit verbundenen Aufwand dürfen wir nicht scheuen.

Nur so kann man staatlichen Kontrollwahn legitim und erfolgreich abwehren. Qualitätssicherung selbst allerdings kann wieder „Bürokratie“ erzeugen, insbesondere wenn kleinteilige Vorgaben zur Strukturqualität neue Prüfungsanforderungen erzeugen. Daher ist die (Weiter-)Entwicklung leistungsfähiger Systeme zur Bewertung der Ergebnisqualität im Bereich der sozialen Dienste eine große Herausforderung.

Kein soziales Europa von Bürokraten

Ein letzter Aspekt aus europapolitischer Sicht: Im Sozialbereich ist die Forderung nicht unpopulär, die Europäische Union müsse vermehrt auch Zuständigkeiten in der Sozialpolitik erhalten, sonst wäre „Europa nicht sozial“. Teilweise ist der Wunsch zu spüren, in Deutschland errungene sozialpolitische Standards durch Vorgaben auf europäischer Ebene abzusichern. Ich halte diesen Wunsch letztlich für illusionär. Verbindliche europäische Standards würden in aller Regel deutlich unter den in Deutschland erreichten Standards liegen und liegen müssen, da sie auch für Rumänien oder Bulgarien beispielsweise anwendbar sein müssten. Aber selbst wenn im einen oder anderen Fall uns Vorgaben aus Brüssel nützen würden, vermutlich würden wir auch viele Vorgaben bekommen, die uns dann auch in Zukunft Anlass zur Klage geben: „Ist das bürokratisch!“ ◀

Foto: Kalscheid

Kontrolle ist gut, Vertrauen ist besser

Von Frank Johannes Hensel

Qualitätsprüfungen in der Pflege, Lebensmittelhygienverordnung, Unfallverhütungsvorschriften, Richtlinien der Bauaufsicht – Deutschland liebt detaillierte Vorschriften. Es gibt überreichlich gut gemeinte Normen und Vorgaben, deren genaue Einhaltung nachgewiesen und kontrolliert werden will. Praktisch alle Bereiche der sozialen Arbeit sind betroffen.

Besonders Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege erleben hohe Arbeitsbelastungen mit knapp berechneten Zeiten für die Arbeit mit den Menschen. In den ambulanten Diensten zeigt sich sogar, dass nur 59 Prozent der Arbeitszeit auf pflegerische Tätigkeiten entfallen; der Rest sind „Organisationszeiten“ etwa für Anfahrten, Dienstbesprechungen und die Dokumentation. Mittlerweile gibt es zwar vereinfachte Musterdokumentationen, zum Teil in elektronischer Form, was durchaus als Erleichterung erlebt wird. Aber bei den Pflegenden bleibt ein permanenter Rechtfertigungsdruck für Prozesse und Strukturen. Schon zu lange wird die Qualität ihrer Arbeit an der gründlichen Beachtung kleinschrittig vorgegebener Standards gemessen. So manches Gütesiegel, so mancher Qualitätsleitfaden durchzieht Dienste und Einrichtungen stärker als nötig mit „Zertifizitis“. Dass hervorragend dokumentierte Pflegequalität nicht identisch ist mit der Lebensqualität der Pflegebedürftigen, dass ein Mehr an Standards nicht unbedingt ein Mehr an Zufriedenheit für Alte, Kranke und Mitarbeitende bedeutet, ist zwar jedem und jeder klar, aber trotzdem zu wenig im Blick.

Bürokratie durch die Hintertür

Inzwischen hat vielerorts ein Umdenken eingesetzt. Bürokratieabbau wird großgeschrieben. Die Interessen und Rechte der Menschen sollen wieder mehr im Mittelpunkt stehen. Das ist auch Ziel des seit Ende 2008 für NRW gültigen Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG).

Wie es sich für ein Gesetz gehört, wurde das WTG in einem demokratischen und transparenten Verfahren im Landtag beraten und beschlossen. Faktisch wird das Leben in den Einrichtungen aber weniger vom Gesetz als von den hierzu ergangenen über 30 Erlassen geregelt, die der parlamentarischen Kontrolle kaum zugänglich sind. Durch diese Hintertür wurde die Bürokratie mehr als erhalten. Heute sind oft nicht primär die gesetzlichen Anforderungen des WTG Grundlage für die Prüfung einer Einrichtung, sondern ein „Rahmenprüfkatalog“, der (einst als hilfreiche Orientierung gedacht) jetzt detailgenau abgearbeitet wird.

Geschriebene und ungeschriebene Gesetze

Es ließen sich zahlreiche weitere Beispiele anführen. Wer auf Sozialleistungen angewiesen ist, einen Angehörigen pflegt oder ein behindertes Kind erzieht, hat seine liebe Not, überhaupt in Erfahrung zu bringen, welche Hilfen ihm zustehen und wer eigentlich für was zuständig ist. Im Ergebnis sind es zumeist mehrere Stellen, Ämter und Fachdienste. Alle haben ihre eigenen geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze; alle sprechen ihre eigene Sprache: die Ärzte beim Gesundheitsamt, die Sachbearbeiter bei den Krankenkassen, die Fallmanager im Jobcenter, die Sozialpädagogen im Jugendamt. Nur die Sprache der Hilfesuchenden sprechen viele nicht. Die, um die es geht, laufen von Amt zu Amt, plagen sich mit komplizierten Antragsverfahren in Behördendeutsch und halten lange Bearbeitungszeiten aus.

Transparenz ist ein hohes Gut

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser? Die Legitimität von Nachweisen und Überprüfungen wird auf breiter Basis akzeptiert. Katholische Träger sind vollkommen einverstanden, wenn fachkundige Kontrollen neutraler Stellen ihre Arbeit unterstützen. Transparenz und Verbraucherschutz sind der Caritas ein hohes Gut. Aber an vielen Stellen wird nicht mehr nur versucht, Ver-



Dr. Frank Johannes Hensel ist Diözesan-Caritasdirektor für das Erzbistum Köln und Herausgeber von „Caritas in NRW“.



Schwerpunkt

Die Pflegedokumentation muss stimmen. Die Qualität in der Pflege wird kontrolliert. Es fehlt dann aber häufig Zeit für die Pflegebedürftigen.

Foto: KNA-Bild

- ▶ braucherschutz sicherzustellen, sondern angesichts öffentlicher Einsparungen (behördlich definierte) Qualität in Dienste und Einrichtungen „hineinzuprüfen“. Und weil das nicht geht und weil das im Grunde jeder weiß, sichern sich die unterschiedlichen Akteure primär rechtlich ab, um am Ende „nicht schuld zu sein“, wenn die Qualität und der Mensch darunter leiden sollten. Die Konsequenz: hoch standardisierte Leistungen in einem nahezu linienkonformen Versorgungssystem, das



Mitarbeitenden wenig Entfaltungs- und Hilfesuchenden wenig Wahlmöglichkeiten bietet. Das will keiner. Nötig sind rechtliche Klärungen, die die diversen Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern bereinigen, und ein professionelles Kooperationsmanagement zwischen den unterschiedlichen Behörden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sozialen Diensten und Einrichtungen wünschen sich weniger Beweispflichten und mehr Grundvertrauen in ihre Arbeit, mehr Rückenstärkung durch Vorgesetzte und Behörden und mehr Gestaltungsräume. Dazu tragen neben guter Aus- und Fortbildung bessere Personalschlüssel bei, die Fachkräfte auch von fachfremden Aufgaben entlasten. Hilfsbedürftige (und ihre Angehörigen) wiederum wünschen für ihre Suche nach Hilfe verständliche Informationen und Menschen, die sie in ihrem Interesse unterstützen, die weder an ihnen verdienen noch an ihnen sparen wollen. Der bürgerschaftliche Sachverstand anderer Betroffener bietet da bisweilen mehr als die amtliche Professionalität autorisierter Prüf- und Bewertungsinstanzen. Statt Investitionen in Standards und Kontrollen brauchen wir wieder mehr Investitionen in die Menschen, für die und mit denen in Deutschland soziale Arbeit geleistet wird.

Aus eigener Erfahrung



*Rudi Löffelsend,
Diözesanreferent a. D.*

Zwischen Bürokratisierung und Nächstenliebe

In der Auslandshilfe – und da kann ich auf über 30 Jahre Entwicklung zurückblicken – bin ich ein Überbleibsel einer anderen Zeit. Dort gibt es inzwischen derartige Fesseln, Standards genannt, dass jede Eigeninitiative im Keim kaputtgeht. Dabei war das die große Stärke der Caritashilfe. Ich muss ein wenig zurückgehen in die Zeit des Bosnienkrieges (1991-1995). Die Caritas Essen war sehr aktiv dort, auch in schwierigen Zeiten und Orten. Bei einem Besuch in Mostar beim dortigen Caritasdirektor gerieten wir in einen Granatenangriff. Panik bei den Menschen. Nach dem Angriff kamen vie-

le verstörte Menschen, vor allem Mütter mit Kindern, zum Caritasdirektor, baten weinend um Fahrgeld, um in sicheres Gebiet zu kommen, denn Busse fahren noch. Ich gab ihm Geld, das er dann freihändig verteilte, ohne Quittung. Wie denn auch in einer solchen Situation? Er war selbst ein wenig ungläubig, als ich sagte, seine Unterschrift unter meiner Quittung reiche mir. Er, dessen Büro dreimal zerstört wurde durch Granaten, war in Not, weil andere „Caritassen“ jetzt Ersatzbelege für verbrannte Quittungen verlangten.



Ständig gegenhalten

Hartz IV und die Bürokratie

Von Manfred Wiczorek

Gibt man in eine Internet-Suchmaschine die Begriffe Hartz IV und Bürokratie ein, stößt man schon bei den ersten Treffern auf kuriose und absurd erscheinende Beispiele einer ausufernden Bürokratie. So soll Deutschlands dickster Hartz-IV-Bescheid 75 Seiten stark sein und ein halbes Pfund Gewicht auf die Waage bringen. Auf immerhin neun Seiten brachte es ein Bescheid, weil die Zuverdienstgrenze um zwei Cent überschritten wurde. Auch dass es für einen Hartz-IV-Empfänger nicht egal ist, ob das Duschwasser mit Strom oder über die Heizungsanlage erwärmt wird, findet man schnell heraus.

In Deutschland, könnte man einwenden, sind die Dinge eben geregelt. Für alle Eventualitäten gibt es Regeln, Verfahren oder Kennziffern, die festlegen, wie etwas zu handhaben ist. Doch offenbar ist längst nicht alles eindeutig, tun sich immer neue Lücken und Ausnahmen auf, gibt es Härtefallklauseln, Mehraufwand oder Sonderbedarfe. Im letzten Jahr gab es die 50. Reform der Hartz-Gesetze. Jede noch so kleine Reform setzt in der Verwaltung eine ganze Welle notwendiger Veränderungen in Bewegung. Leistungsbescheide, Eingangsbestätigungen, Rechtsbelehrungen und vieles mehr müssen

geändert werden. Vieles bleibt fehlerhaft oder vage, dann entscheiden die Gerichte.

Beim Berliner Sozialgericht geht an einem Arbeitstag durchschnittlich alle 16 Minuten eine Klage im Zusammenhang mit Hartz IV ein. Mitte des letzten Jahres summierte sich die Klagewelle auf 100 000 Verfahren, und ein Ende ist nicht abzusehen. Etwa jeder zweite Kläger bekommt Recht, doch bis es so weit ist, dauert es seine Zeit. Längst haben viele im undurchdringlich wirkenden Dschungel aus Paragrafen und Regelsätzen aufgegeben.

„Und wenn man nicht ständig gegen hält ...“, so heißt eine Studie der Wissenschaftlerin Marlies Mrotzek im Auftrag des Industrie- und Sozialpfarramtes (ISPA) des Evangelischen Kirchenkreises Gelsenkirchen und Wattenscheid über die Erfahrungen von Frauen und Männern, die Hartz IV beziehen. Schon der Titel macht deutlich, worauf es in dieser Lebenssituation ankommt – nicht nur, aber eben auch im Kampf mit und durchaus auch mal gegen die Bürokratie. Der der Studie zugrunde liegende Fragebogen gab auch die Möglichkeit zu anonymen persönlichen Stellungnahmen. Es mag nicht erstaunen, dass diese Möglichkeit genutzt wurde, um auch mal Dampf abzulassen, und die Kritik an den Behörden teilweise sehr harsch ausfällt. Doch es ist erschreckend, wie viel an Wut, aber auch tiefer Frustration und Resignation über vermeintliche oder echte Bürokratie deutlich wird. ▶

Dieser Obdachlose kampiert auch bei Schnee im Zelt. Vielleicht fehlen ihm Kraft und Nerven für die Auseinandersetzung mit der Hartz-IV-Bürokratie.

Foto: Pohl / LAG Freie Wohlfahrtspflege



Dieter Heisig
Foto: Wieczorek

► Klima des Misstrauens

Wer mit Mitstreitern der von Industrie- und Sozialpfarrer Dieter Heisig begleiteten Hartz-IV-Selbsthilfegruppe in Gelsenkirchen spricht, spürt schnell das Klima des Misstrauens, der Angst und auch der Scham, in dem die Betroffenen leben. Niemand will seinen Namen veröffentlicht sehen, wenn er über seine Erfahrungen spricht. So wie zum Beispiel die Frau, die über ihren Kampf um ihre Wohnung berichtet. Die ist etwas größer, als sie einer alleinstehenden Person im Hartz-IV-Bezug zusteht. Doch hier hat die chronisch kranke Frau seit vielen Jahren ihren Lebensmittelpunkt und gute nachbarschaftliche Kontakte. Oder die Akademikerin, die es wütend macht, wenn auf ihren Bescheiden als Kontaktperson nur eine Kombination aus Zahlen und Buchstaben statt eines konkreten Namens steht.

Gabriele Ravenstein-Klink vom Job-Café der Gelsenkirchener Caritas kennt solche und ähnliche Erfahrungen aus ihrer Beratungspraxis und könnte die Liste leicht um ein Vielfaches verlängern. Neben den immer wieder auftauchenden Fragen zu den Leistungsbescheiden sorgt derzeit das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus Familien im Hartz-IV-Bezug für Verwirrung. „Das Anliegen des Pakets verdient jede Unterstützung, wie es praktisch umgesetzt werden soll, ist aber völlig unausgegoren. Auch mich stellt es vor Fragen und Probleme, auf die ich nicht sofort eine Antwort parat habe“, so Gabriele Ravenstein-Klink. Damit das Paket greift, hat die Stadt Gelsenkirchen im Sommer zwei Büros eröffnet, die bei der Beantragung von Beiträgen für den Fußballverein, die Musikschule oder den Schulranzen helfen. Auch die Broschüre der Stadt „GEfördert. Damit Ihr Kind weiterkommt“ soll dazu beitragen, die Fallstricke auf dem Weg zu mehr Bildung und Teilhabe zu umgehen. So schafft Bürokratie neue Strukturen, damit die von ihr selbst aufgestellten bürokratischen Hürden nicht zur Stolperfalle werden.



Gabriele Ravenstein-Klink
Foto: Wieczorek



Werner Marquis,
Pressesprecher der
Regionaldirektion für
Arbeit NRW
Foto: BA NRW

Normen contra Lebenswirklichkeit

„Auf Hartz IV angewiesen zu sein bedeutet, mit Rechtsunsicherheit leben zu müssen. Eine Ursache hierfür ist das Zusammenspiel von rigiden Gesetzesvorlagen und Vorschriften, die sich in schneller Reihenfolge ändern und deren Regelungen und Vorschriften in der Alltagspraxis ... eine große Fehlerquelle sind“, heißt es in der ISPA-Studie. Dies führe dazu, dass nicht wenige Befragungsteilnehmer den Glauben an den Rechtsstaat verloren hätten.

Das kann Werner Marquis, Pressesprecher der Regionaldirektion für Arbeit NRW, so nicht stehen lassen. Er verweist auf die über 17 Millionen Bescheide, die jährlich verschickt würden und die größtenteils korrekt seien. Da erzeuge die viel zitierte Klagewelle ein schiefes Bild. „Wir sind eine ausführende Verwaltung und administrieren Bundesgesetze. Komplexe Rechtsverhalte so umzusetzen, dass der Kunde seine Ansprüche im Rahmen der Gesetze wahrnehmen kann, und diesen Vorgang transparent zu machen ist unsere Aufgabe“, bringt es der Pressesprecher auf den Punkt. In der Praxis ist dies jedoch nicht ganz so einfach, räumt Werner Marquis ein: „Die Lebenswirklichkeit lässt sich nicht



„Und wenn man nicht ständig gegen hält ...“.
Die Erfahrungen von Frauen und Männern mit der Umsetzung des SGB II in Nordrhein-Westfalen. Eine Studie von Marlies Mrotzek im Auftrag des Industrie- und Sozialpfarramtes (ISPA) des Evangelischen Kirchenkreises Gelsenkirchen und Wattenscheid

Die Publikation kostet 9,80 Euro (bei Hartz-IV-Bezug kostenfrei) und kann im ISPA bestellt werden.
Tel. 02 09 / 17 98-2 10; E-Mail: Dieter.Heisig@kk-ekvw.de



Foto: pixelio, Domnik

immer in gesetzliche Normen fassen.“ Passten Lebenswirklichkeit und gesetzliche Normen in zugespitzten Situationen, wie sie eine lange Arbeitslosigkeit mit sich bringe, nicht zusammen, seien Konflikte programmiert. „Dann können einfache Dinge wie die Frage, was eine Rücklage oder eine eheähnliche Gemeinschaft ist, oder auch die Vorlage eines Mietvertrages viel Konfliktstoff bergen“, weiß Marquis. Zudem gebe es eine Vielzahl sogenannter unbestimmter Rechtsbegriffe. Der eine oder andere programmierte Konflikt lasse sich aber auch durch das Ausschöpfen eines gewissen Ermessensspielraums vermeiden. „In der Vergangenheit hatten wir die Diskussion, wie mit Geldgeschenken an Kinder zum Beispiel anlässlich einer Konfirmation oder Kommunion umzugehen sei. Diese Geldgeschenke sind de facto Einkommen und unterliegen Freibeträgen. Hier gibt es aber Möglichkeiten, damit umzugehen“, deutet Werner Marquis Spielräume an.

Hartz IV habe eine große Maschinerie in Gang gesetzt, die sowohl die Hilfeempfänger als auch die Mitarbeiter in den Behörden Zwängen aussetze, denen man sich

kaum entziehen könne, ist Pfarrer Dieter Heisig überzeugt. Die Suche nach seelsorgerischer Hilfe hat daher stark zugenommen, weiß er aus seiner täglichen Arbeit: „Die Erfahrung, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu sein, die vermeintliche oder tatsächliche Willkür von Behörden: All das nagt an den Menschen, hinterlässt tiefe Spuren und führt zu großen Selbstzweifeln.“ Er betont, dass die Zusammenarbeit mit den Behörden oft gut funktioniere und sich vieles mit einem Telefongespräch klären lasse.

An seiner grundsätzlichen Kritik ändert dies nichts: „Hartz IV versucht, Dinge per Gesetz zu verordnen und zu regeln, die per Gesetz nicht zu handhaben sind.“ Dass die Würde des Menschen unantastbar ist, werde von immer mehr Menschen nicht mehr als eine unangreifbare Erfahrung geteilt. „In unserer Hartz-IV-Selbsthilfegruppe wurde diese Einschätzung als Slogan auf ein großes Transparent gebracht, das seit geraumer Zeit alle öffentlichen Auftritte der Gruppe begleitet: Hartz IV – eine Bürde ohne Würde“, sagt Dieter Heisig. ◀

Manfred Wieczorek ist
freier Journalist in Gelsen-
kirchen.



Das Geld fehlt den Betroffenen

Aufwand und Kosten für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets sind enorm – das schreckt ab

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket reagierte die schwarz-gelbe Koalition auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu „Hartz IV“. Zuschüsse zum Mittagessen, zu Ausflügen, für Nachhilfe und Vereinsbeiträge sollen armen Kindern bessere Bildungschancen und mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. In der Praxis entpuppt sich das Gesetz als „Bürokratiemonster“, wie Caritas-Expertin Marita Haude beobachtet hat.

Caritas in NRW: Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket wollte die Bundesregierung Kinder armer Eltern unterstützen. Wieso läuft das so schwer?

Marita Haude: Beispiel Schule: Der Lehrer muss den Eltern für den Antrag auf Nachhilfe attestieren, dass die Versetzung gefährdet ist. Der Nachhilfelerhrer wird

dann unmittelbar vom Amt bezahlt und schließt mit diesem den Vertrag. Für einen Mittagessen-Zuschuss müssen die Eltern ebenfalls einen Antrag stellen. Die Kommune rechnet dann mit einer Vielzahl von Anbietern ab, weil sich jeder Träger von einem anderen Unternehmen beliefern lässt. Für die Zuzahlung von Schülerfahrtkosten ist ein Antrag nötig, für Teilhabe an Bildung, Sport und Kultur müssen ebenfalls Anträge gestellt werden, da sind dann die Vereine mit im Boot. Nebenbei: Alle erfahren, dass es sich um eine arme Familie handelt.

► Sie beobachten, dass die Bürokratie auch in den Kindergärten ankommt?

Um an die Informationen zu kommen, welche Familien Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben, mussten die in Frage kommenden Eltern sehr umfassend informiert werden. Die Kommunen haben oft irgendwelche Flyer gedruckt, was natürlich nicht immer das richtige Instrument ist, um diese Zielgruppe zu informieren. Daher haben viele Eltern bei der Leitung der Tageseinrichtungen nachgefragt: Wie kommen wir eigentlich zu dem Zuschuss fürs Mittagessen, oder wie kommen wir zu einem Zuschuss für den Ausflug, den die Einrichtung macht?

► Müssten sich die Eltern nicht eigentlich an den Sozialhilfeträger wenden, von dem sie die Unterstützung erhalten?

Die Eltern hatten irgendetwas gehört, wussten aber nicht, an wen sie sich wenden können, wie das An-



Karikatur: Mester



„Durch unklare Gesetzesformulierungen bleibt die konkrete Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets problematisch. So sind zum Beispiel bei der Lernförderung allein fünf Voraussetzungen für die Leistungsgewährung unbestimmte Rechtsbegriffe, also ‚unscharf‘. Außerdem wird durch den Grundsatz der Leistungsgewährung mittels Sach- und Dienstleistung (Ausnahme für Geldleistung: Schulbedarfspaket und Schülerbeförderung) ein hoher bürokratischer Aufwand erforderlich.“

(Zitat aus einer Pressemitteilung des Landessozialministeriums NRW)

tragsverfahren funktioniert und sonstige Details. Hinzu kommt, dass mit der Zusammenführung der Hilfeleistungen in diesem Bereich die neu zuständigen Jobcenter oft noch weiter entfernt liegen als früher das Sozialamt. Ein Beispiel aus einer Optionskommune in einem ländlichen Kreis: In der Vergangenheit konnten die Familien diese Leistungen direkt in der Kommune vor Ort beantragen. Mit der Veränderung in der gesamten Gesetzgebung hat es ja eine Zusammenführung dieser Leistungen bei den Jobcentern gegeben. Das Jobcenter liegt aber nicht mehr vor Ort, sondern in der Kreisstadt, und das ist schon fahrtechnisch schwieriger. Der Nahverkehr ist nicht so ausgeprägt, da muss man schon sehr mobil sein, um das auch in Anspruch nehmen zu können.

► *Waren die Kindergärten auf diese zusätzlichen Anfragen vorbereitet?*

Wir als Spitzenverband haben im Vorfeld die Träger und die Kindergartenleitungen informiert und gesagt: Da kommt was Neues, und es wäre klug, wenn ihr darüber Bescheid wüsstet. Das war aber eher eine allgemeine Information, weil niemand damit gerechnet hat, dass jetzt tatsächlich die Beratung zu den Leistungsmöglichkeiten in Einrichtungen stattfinden sollte. Natürlich kann man immer sagen, das sei doch der Auftrag von Familienzentren. Aber auch das hat ja durchaus irgendwo seine Grenzen, weil man ja für diese Beratung ganz spezifische Kenntnisse aus dem Sozialhilferecht braucht. Diese Menschen benötigen direkt vor Ort einen Ansprechpartner, zu dem sie Vertrauen haben und den sie ansprechen können, der greifbar ist. So ist diese Aufgabe halt beispielsweise bei den Leitungen der Kindergärten gelandet, die doch gar nicht zuständig sind.

► *Finden Sie die Antragsunterlagen verständlich und einsichtig?*

Es ist ja immer die Frage, womit man sie vergleicht. Es ist schon sehr aufwendig, was man immer alles angeben muss. Das sind häufig auch Angaben, die bei der Antragstellung von ALG II sowieso schon in den Kommunen angegeben wurden und bei den Einrichtungen nachgewiesen wurden und dort vorliegen.

Jetzt muss man noch mal zusätzlich nachweisen, dass das Kind ganztags eine Einrichtung besucht und an einem entsprechenden Angebot teilnimmt. Im Unterschied zur neuen Regelung hatten wir bislang in einigen Kommunen die Situation, dass Eltern in diesen sehr niedrigen Einkommensgruppen überhaupt keinen Beitrag zum Essen bezahlen mussten.

Jetzt müssen die beim Bildungs- und Teilhabepaket einen Euro Eigenleistung aufbringen. Für manche Familien wird es also unterm Strich vielleicht sogar teurer als vorher. Das müssen sie ausführlich erklären, denn es erschließt sich aus den Antragsunterlagen nicht so ohne Weiteres.

► *Ein aufwendiges Antragsverfahren dient dazu, Missbrauch auszuschließen.*

Das ist ja immer die Begründung für irgendeinen bürokratischen Aufwand. Ich finde aber, darin spiegelt sich eine völlige Fehlinterpretation dessen, was die Kinder in diesen Verhältnissen brauchen. Sie brauchen diese zusätzlichen Leistungen, angefangen vom Mittagessen bis hin zu Unterstützung bei der Teilnahme an örtlicher Kultur und Sport. Jedem, der normal rechnen kann und sich über die Situation und die Kosten von Familien ein bisschen Überblick verschafft, müsste nachvollziehbar sein, dass die Pauschalen bei Weitem nicht ausreichen.

► *Ist der bürokratische Aufwand an der falschen Stelle einer der üblichen Webfehler eines Bundesgesetzes, das etwas Neues regelt, was in der Praxis noch nicht erprobt werden konnte?*

Das mag ein Grund dafür sein. Ich habe aber den grundsätzlichen Verdacht, dass man mit diesem eigentlich gut gemeinten Bildungs- und Teilhabepaket das falsche Verfahren gewählt hat. Wenn man von Anfang an darauf gesetzt hätte, die Regelsätze für die Kinder entsprechend anzupassen, wären diese Leistungen auch tatsächlich direkter bei den Kindern angekommen. So setzt der Bund enorme Summen allein für die Umsetzung des Pakets ein. Geld, das den Betroffenen mehr geholfen hätte als der Bürokratie. ◀

Das Interview führte Markus Lahrmann.

Foto: Alfred Knapp, Fotolia



Marita Haude ist Leiterin des Referates Kinder, Jugend und Familienhilfe beim Diözesan-Caritasverband Münster.



„Wichtig sind konkrete Vorschläge“

Der Normenkontrollrat befasst sich zunehmend mit der Bürokratie im Sozial- und Gesundheitsbereich – und sieht Handlungsbedarf

Auch der Bürokratieabbau ist inzwischen geregelt: Die Große Koalition von CDU/CSU und SPD richtete 2006 den Nationalen Normenkontrollrat ein, der Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung machen soll. Das Gremium besteht aus acht ehrenamtlichen Mitgliedern, die auf Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten berufen werden. Auskunft über die Arbeit des Normenkontrollrats gibt der stellvertretende Vorsitzende Wolf-Michael Catenhusen, Staatssekretär a. D.

Caritas in NRW: *Kann man eine Grenze definieren, ab der die Kosten und der Aufwand für Bürokratie höher sind als die Erträge (in Form von Standardisierung, Transparenz, Verwaltungsgerechtigkeit ...)?*

Wolf-Michael Catenhusen: Wichtig und lohnenswert ist es zunächst, Kosten und Aufwand einer bestehenden oder geplanten Regelung unter Einbeziehung der Betroffenen möglichst realitätsnah zu ermitteln und damit objektiv und transparent zu machen. Solche Kostenschätzungen müssen nach dem Normenkontrollratsgesetz schon bei der Vorbereitung eines Gesetzent-

Was schreiben wir jetzt in die Dokumentation, damit die Prüfer zufrieden sind? Solche Überlegungen entlarven die Verlogenheit des Systems.

Foto: Lehmann



wurfs vorgenommen werden, damit sie nicht erst bei der Umsetzung erkennbar werden. Die Unterstützung und Kontrolle dieses Prozesses sind eine wesentliche Aufgabe des Normenkontrollrats. Aufgabe der Politik ist es dann, zu klären, ob dieser Aufwand durch die Zielsetzung des Gesetzes gerechtfertigt ist. Die transparente Darstellung der Kosten setzt die Politik unter einen höheren Rechtfertigungsdruck und wirft die Frage nach Grenzen des Zumutbaren auf. Vor allem müssen die Kosten für die Umstellung auf neue Verwaltungsv erfahren und die durch die neue Praxis entstehenden Einsparungen sinnvoll gegeneinander aufgewogen werden. Grenzen des akzeptablen Bürokratieaufwands müssen in jedem Einzelfall ermittelt werden.

► *Bürokratieabbau gilt als Zauberwort in Sonntagsreden von Politikern. Gibt es konkrete Erfolge?*

Bürokratiekosten als Kosten aus sog. Informationspflichten sind seit 2006 eindeutig definiert. Auf dieser Basis hat das Statistische Bundesamt die Bürokratiekosten gemessen, die durch Bundesrecht für die Wirtschaft entstehen. Sie beliefen sich im Jahr 2006 auf rund 50 Milliarden Euro. Die Bundesregierung hat Vereinfachungsmaßnahmen auf den Weg gebracht, die inzwischen ein Entlastungsvolumen von über 10 Milliarden Euro umfassen. Es ging beispielsweise um Vereinfachungen beim Vergaberecht sowie bei Buchführungs- und Bilanzierungspflichten und um die Abschaffung der Lohnsteuerkarte in Papierform.

Gleichwohl liegt noch viel Arbeit vor uns. Der Normenkontrollrat befasst sich zunehmend auch mit Fragen des bürokratischen Aufwandes im Gesundheits- und Sozialsystem. Hier besteht Handlungsbedarf bei der Überprüfung des Ausmaßes vorgeschriebener Informations- und Dokumentationspflichten – in der Arztpraxis wie im Pflegeheim.

► *Auch in der sozialen Arbeit wächst das Maß an Kontrolle und Bürokratie. Doch soziale Arbeit richtet sich an Menschen, sie schafft kein Produkt, sondern ist eine Dienstleistung am Menschen.*

„ Wenn es um konkrete Hinweise und Vereinfachungsvorschläge im Pflegebereich geht, dann ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt dazu. “



Braucht es nicht mehr Menschlichkeit statt mehr Kontrolle und Bürokratie?

Menschlichkeit und Kontrolle bzw. Bürokratie müssen nicht unbedingt Widersprüche sein. Ein angemessenes Maß an Bürokratie und auch Kontrolle ist wesentlicher Bestandteil einer rechtsstaatlichen Gemeinschaft. Im Gesundheits- wie im Sozialwesen ist es allerdings in großem Umfang zur Einführung von Dokumentationspflichten als Voraussetzung für Kostenübernahmen gekommen. Hier ist es sinnvoll und überfällig, diese Belastungen konkret, objektivierbar zu ermitteln und nach bürokratieärmeren Lösungen zu suchen. Zur Prüfung gehört aber auch die Frage, in welchem Ausmaß soziale Einrichtungen ein professionelles Kostenmanagement praktizieren. Es müssen Verfahren gefunden werden, die die Zuwendung zu den Menschen im Mittelpunkt halten.

► *In Alten- und Pflegeheimen sind für alle Pflege- und Dienstleistungen, für alle Handgriffe, schriftliche Dokumentationen vorgeschrieben. Diese verschlingen enorm viel Geld und Arbeitszeit, die für die Pflege fehlen.*

Ja, hier besteht Handlungsbedarf. Es ist gut, dass im Rahmen der geplanten Pflegereform gerade auch der Bürokratieaufwand unter die Lupe genommen werden soll.

Im Frühjahr startete die Bundesregierung zudem das Projekt zur Ermittlung des bürokratischen Aufwands, der durch Antragsverfahren auf gesetzliche Leistungen für Pflegebedürftige und chronisch Kranke entsteht. Hier sitzen neben dem Normenkontrollrat zahlreiche Vertreter aus dem Gesundheits- und Pflegebereich mit am Tisch. Derzeit erhebt das Statistische Bundesamt

die Kosten, die insbesondere durch die verschiedenen Antrags- und Dokumentationspflichten verursacht werden. Hierzu befragt es pflegebedürftige Personen, deren Angehörige, aber auch Pflegeeinrichtungen. Ich denke, da werden wir noch im Herbst wichtige Erkenntnisse erhalten. Gleichzeitig sammeln wir im Projekt konkrete Vereinfachungsvorschläge, die dann hoffentlich zahlreich auch Eingang in die Pflegereform finden.

► *Was raten Sie Trägern und Einrichtungen, wenn diese gegen „St. Bürokratius“ vorgehen wollen? Kann der Einzelne etwas tun?*

Ja, jeder Einzelne kann etwas tun, etwa durch transparente Kostenermittlungen. Wir alle, Bundesregierung und Normenkontrollrat, sind darauf angewiesen, dass wir auf überbordende Bürokratie hingewiesen werden. Ganz wichtig dabei sind aber auch konkrete Vorschläge zur Vereinfachung. Da liegen die Tücken oft im Detail. Denn häufig geht es um einfachere Regeln, nicht um ihre Abschaffung.

Wenn es um konkrete Hinweise und Vereinfachungsvorschläge im Pflegebereich geht, dann ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt dazu. ◀

Die Fragen stellte Markus Lahrman.

Wolf-Michael Catenhusen (66) ist stellv. Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats. Catenhusen war von 1980 bis 2002 SPD-Bundestagsabgeordneter (Landesliste NRW), von 1998 bis 2002 parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung und von 2003 bis 2005 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Foto: Deutscher Ethikrat

Der Nationale Normenkontrollrat hat die Aufgabe, die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen auf den Gebieten des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung zu unterstützen (§ 1 Abs. 2 NKR-Gesetz).

Hieraus ergeben sich zwei Aufgabenschwerpunkte:

- **Vermeidung neuer bürokratischer Belastungen und**
- **Reduzierung bestehender bürokratischer Belastungen.**

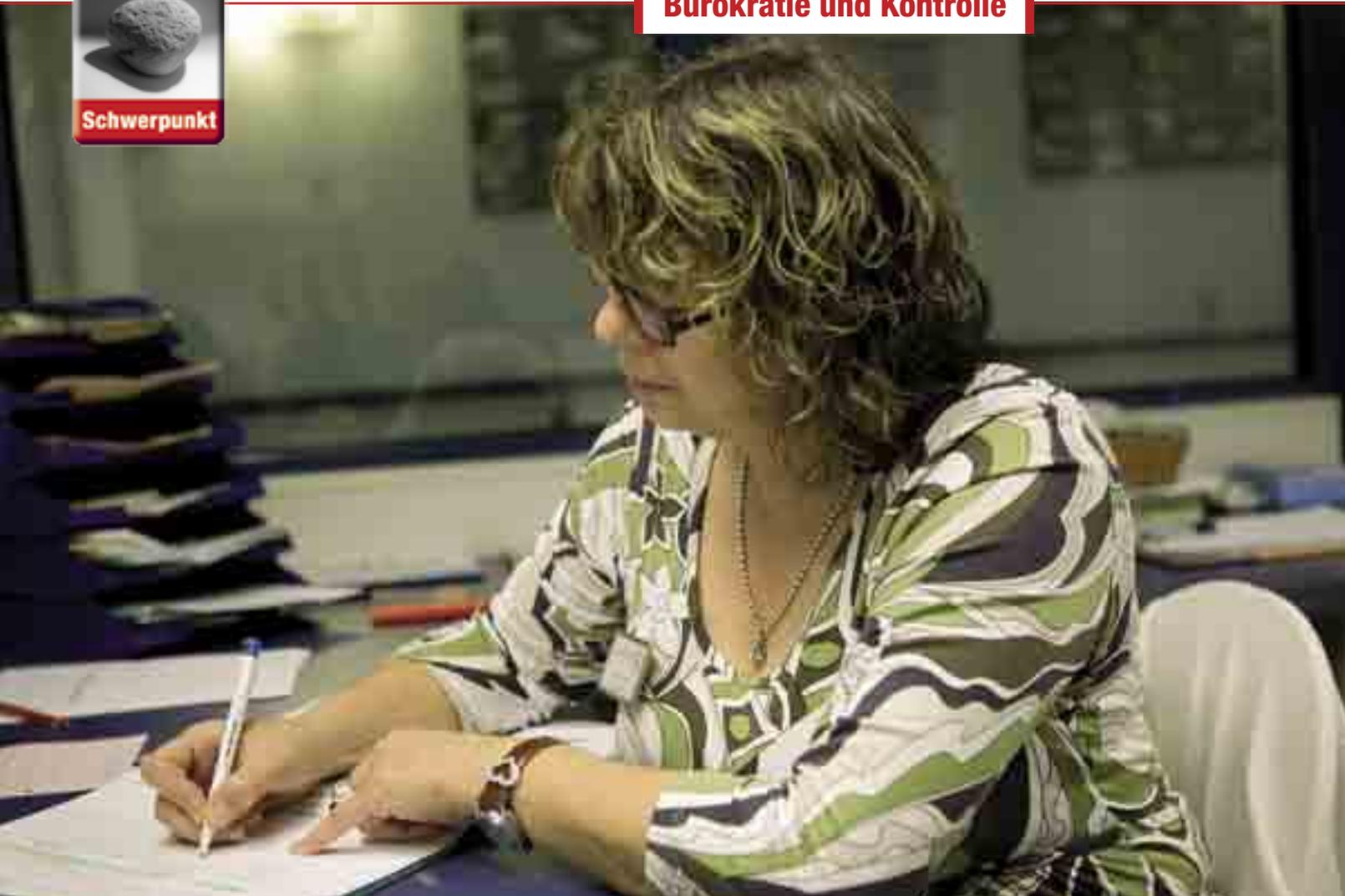


Foto: Pohl

Wer prüft die Prüfer?

Wie eine wuchernde Bürokratie gute Pflege erschwert

Von Peter Wawrik

Schriftliche Dokumentationen sind für fast alle Handgriffe in der Pflege vorgeschrieben. Sie sollen Qualität sichern helfen, kosten aber auch viel Zeit und Geld – die in der Pflege fehlen. Mit der Einführung des „Pflege-TÜV“ hat die Bürokratie noch einmal zugenommen, das Ergebnis der Prüfungen ist allerdings oft zweifelhaft.

Vorab: Gute Pflege und entsprechende Pflegequalität haben wir für unsere 15 Caritas-Pflegeeinrichtungen (elf Caritas-Sozialstationen, drei Tagespflegen, ein Seniorenwohnheim) mit täglich ca. 2 500 betreuten und gepflegten Personen selbst so definiert, dass wir die Menschen nach ihren Wünschen gut unterstützen und versorgen wollen und dass sie sich bei uns wohl fühlen sollen (Leitbild Caritas-Pflegeeinrichtungen). Unsere Einrichtungen haben alle Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) mit Noten

zwischen 1,1 und 1,9 bestanden. Damit bestätigen die MDK-Prüfungen unsere eigenen regelmäßigen internen Qualitätsmanagementuntersuchungen, Kundenbefragungen, Mitarbeiterbefragungen, Essenskundenbefragungen.

Unsere Kritik an dem derzeitigen System der MDK-Prüfungen und der damit verbundenen Bürokratie geschieht nicht aus einer Verteidigungshaltung, sondern aus einem eigenen qualitätsbewussten Ansatz, der in unseren Einrichtungen erarbeitet wurde und gelebt wird.

Erste Aussage: Die politisch propagierte Entbürokratisierung und Verwaltungsreduzierung für den Pflegebereich sind bei den zuständigen Behörden und Stellen und deren Mitarbeitern nicht angekommen. Unsere Praxiserfahrungen zeigen eher das Gegenteil: Es scheint so zu sein, dass die Verwaltungsmitarbeiter von Kranken- und Pflegekassen und Behörden sich selbst stärker absichern wollen und mit dem Verweis auf Gesetze und Bestimmungen die Träger und Einrichtungen mit mehr

Verpflichtungen und Aufgaben belasten. So wächst die Zahl der Erlasse, die von der Geschäftsstelle der Pflegekonferenz beim Kreis Soest oder vom Gesundheitsamt (Hygieneaufsicht) in den letzten Monaten zu bestimmten Themen an die Träger gesandt wurden, genauso wie die Bitte um Beantwortung von Einzelfragen.

Zweite Aussage: Die Einführung der Qualitätsprüfungen des MDK haben grundsätzlich und allgemein zu einer höheren Mitarbeiter-Sensibilisierung für die Bedürfnisse der Patienten und Bewohner geführt. Eine deutliche Verbesserung der Ergebnisqualität, die schon vor Einführung der Qualitätsprüfungen hoch war, ist jedoch nicht erreicht worden. Weil der MDK die Struktur- und Prozessqualität aber schematisch überprüft und daraus die Ergebnisqualität ableitet und die Ergebnisse veröffentlicht, mussten Träger und Leitungen einen immensen Verwaltungsaufwand in den Einrichtungen und bei den Pflegedokumentationen aufbauen.

Die Befragung der Kunden, deren Zufriedenheit oder Unzufriedenheit oder Kritik die Ergebnisqualität mit beeinflussen würde, ist zwar Teil der Prüfung, wird aber nicht in die Bewertung eingerechnet. Somit ist das Ziel der Verbesserung der Pflegequalität und der Erhöhung des Verbraucherschutzes von Pflegebedürftigen nicht erreicht worden.

Da wir als Träger nicht direkt gegen gültige Gesetze angehen können und MDK-Prüfungen nicht verwehren können, besteht unsere Strategie aus vier Teilen:

- 1) Ein eigener Qualitätsanspruch für unsere Caritas-Einrichtungen ist gemeinsam erarbeitet worden und unser Maßstab.
- 2) Alle Qualitätsprüfungen des MDK werden von unserer Qualitätsmanagementbeauftragten und der zuständigen Fachbereichsleitung begleitet. Nach jeder Prüfung wird ein eigener Kurzbericht über die Prüfung, die Art und Weise der Prüfer und ggf. Differenzen in den Bewertungen erstellt, der als Grundlage für die (fast regelmäßige) eingelegten Widersprüche dient.

Unsere Pflegekonzepte, Qualitätsrichtlinien etc. sind natürlich in allen elf Sozialstationen gleich. Umso interessanter ist es dann, wenn ein MDK-Prüfer in der einen Caritas-Sozialstation das Pflegekonzept mit „gut“ bewertet, ein anderer MDK-Prüfer zehn Tage später in einer anderen Caritas-Sozialstation das Pflegekonzept „lückenhaft“ findet.

- 3) MDK-Prüfungsergebnisse werden von uns, jeweils verbunden mit einer Kritik an dem Gesamtsystem, genauso veröffentlicht wie auch die Ergebnisse der eigenen Qualitätsprüfungen.
- 4) Die Diözesan-Arbeitsgemeinschaft Alten- und Gesundheitshilfe im Erzbistum Paderborn und der Deutsche Caritasverband erhalten regelmäßig die Fortschreibung unserer eigenen Einzelberichte über die MDK-Prüfungen mit der Forderung, sich politisch für die Aussetzung des heutigen Systems oder kurzfristig für die deutliche Weiterentwicklung einzusetzen.

Durch unseren Ansatz und die kritische Begleitung jeder Prüfung sind wir bei den Landespflegekassen und dem MDK bekannt. Dies hat schon zu gemeinsamen Gesprächen mit allen MDK-Prüfern und den Landespflegekassen geführt, wenn wir der begründeten Meinung waren, dass bei einer MDK-Prüfung die Arbeit der Prüfer für uns nicht akzeptabel oder widersprüchlich war.

Beispiel Nachweis der Beratung in der ambulanten Pflege

Bisher wurden 16 Informationsbriefe erstellt, die im Rahmen der Beratungen dem Pflegebedürftigen oder Angehörigen übergeben werden. Kritik im Rahmen einer MDK-Prüfung: Der genaue Inhalt der Beratung sei nicht nachvollziehbar. Es wurde ernsthaft die Empfehlung von den Prüfern ausgesprochen, die genauen Details des Beratungsgesprächs im Pflegebericht zu dokumentieren oder aber die wichtigsten Aspekte auf den Infoblättern zu markieren, dann noch einmal zu kopieren und in der Dokumentation mit aufzubewahren. Andere MDK-Prüfungen (mit anderen Prüfern) haben unsere Vorgehensweise positiv bewertet.

Beispiel Mobilität

In einer Prüfung wurde durch die Prüfer bemängelt, dass die „vereinbarten Leistungen zur Mobilität und zu deren Entwicklung nicht nachvollziehbar dargestellt wurden“. Auf unsere Nachfrage wurde erläutert, dass sich die Frage auf das Ankleiden beziehe und dies nicht ausführlich genug beschrieben sei. In einer anderen Prüfung wurden die vereinbarten Leistungen zur Mobilität auf die Fortbewegung hin überprüft.

Unsere Anfrage an den MDK Westfalen-Lippe nach einer klaren Definition der Bewertungskriterien ergab folgende Antwort: „Es gibt leider hierzu keine klare Definition, was alles zu den Leistungen der Mobilität gehört ...“ ▶



Peter Wawrik ist Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes für den Kreis Soest e.V. und Geschäftsführer der Caritas Alten- und Krankenhilfe im Kreis Soest gGmbH.



Schwerpunkt



Jeder Handgriff ist dokumentiert.

Foto: Pohl

▶ Beispiel Datenschutz

Der Datenschutz muss unstrittig von uns beachtet und eingehalten werden. Gleiches müsste aber auch für den MDK gelten. Wir erhalten Prüfberichte, in denen von 14 überprüften Klienten nur elf aufgeführt sind. Die fehlenden drei Datensätze sind anscheinend zwischen MDK und Landespflegekassen verloren gegangen. In anderen Prüfberichten fehlen die Angaben der Patienten zu kompletten Bereichen. Maßnahmen zur Beseitigung der Qualitätsdefizite sind jedoch in dem Prüfbericht hinterlegt.

Es ergeben sich für die Zukunft einige grundsätzliche Fragen:

- ▶ Wie sollen Mitarbeiter/-innen in der Pflege sich noch motivieren, wenn sie nie sicher sein können, dass ihre Arbeit und die notwendige Dokumentation von unterschiedlichen Prüfern gleichermaßen anerkannt und beurteilt werden? – Oder anders gesagt: Wie kann es sein, dass verschiedene Prüfer einzelne Sachverhalte gänzlich verschieden bewerten?

- ▶ In den Prüfungen ist die Stichprobe grundsätzlich zu klein. Uns liegen MDK-Bewertungen von Pflegediensten vor, bei denen ein einziger (!) überprüfter Patient zu der Note 1,0 bzw. 5,0 geführt hat.
- ▶ Es gibt vielfach dichotome Fragen, die eben nicht mit „erfüllt“ oder „nicht erfüllt“ einfach beantwortet werden können.
- ▶ Es gibt Fragen, die an der Realität der jeweiligen Pflegesituation vorbeigehen.
- ▶ Wie ist es möglich, dass bei Stellungnahmen/Widersprüchen zu den Berichten derselbe Prüfer den eigenen Bericht bewertet?
- ▶ Wie können Mitarbeiter/-innen geschult werden, wenn das, was heute geschult wird, morgen in einer MDK-Prüfung mal mit „Ja“, mal mit „Nein“ bewertet wird (s. Beispiel Beratung, aber auch Kontrakturprophylaxe)?

Gibt es auch Lichtblicke?

- ▶ Leitungen und Mitarbeiter gehen heute gelassener mit MDK-Prüfungen um, weil wir selbst wissen, dass wir die Patienten und Betreuten gut betreuen und pflegen, und wir uns nicht alles gefallen lassen.
- ▶ Unsinnige Forderungen von Behördenmitarbeitern (wie z. B. ein gemeinsam entwickeltes aktuelles Hygienekonzept mehrerer Altenheime noch weiter zu individualisieren) werden seitens des Trägers deutlich und konsequent abgelehnt und nicht umgesetzt.
- ▶ Die Politik im Kreis Soest versteht langsam und macht dies schon an verschiedenen Stellen deutlich, dass sie wie die Kranken- und Pflegekassen eine Hauptverantwortung für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und entsprechende Rahmenbedingungen hat. So werden z. B. seitens der Heimaufsicht nicht mehr wie früher schwerpunktmäßig die (prozentuell geringen) Pflegemängel in den Heimen in den Mittelpunkt der Berichterstattung und Veröffentlichung gestellt, sondern die Wertschätzung des Pflegeberufs und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen.

Und vielleicht ist das der Schlüssel für eine positive Zukunft: Pflegekräfte erhalten für ihren belastenden Dienst und ihr hohes Engagement auch von öffentlichen Stellen die Wertschätzung für einen Dienst an der Gesellschaft, die ihnen zusteht. ◀

Weniger bürokratisch

Altenheime im Bistum Münster testen eine Alternative zum „Pflege-TÜV“

Alles könnte so einfach und gut sein, wenn der Mensch nicht wäre. Oder er sich wenigstens normen ließe und nicht so individuell wäre in seinem Verhalten, seinen Wünschen und Vorstellungen. Da ist es mit der Beurteilung einer Dokumentation schon leichter. Ist dort vermerkt, mit welcher Rasiercreme der alte Herr sich nass den Bart schabt, oder nicht (Frage 17.2)? Note „sehr gut“ oder „mangelhaft“.

Kontrolleure und Prüfer geben sich im Altenheim schon lange die Klinke in die Hand, aber die Pflegetransparenzvereinbarung, kurz PTV oder im Volksmund „Pflege-TÜV“, ist schon ein bürokratisches Sahnehäubchen. Vermeintlich wissenschaftlich, klar strukturiert und mit viel Liebe zum Detail kommt sie daher und gaukelt vor, den Schlüssel zur objektiven Qualitätsmessung der Pflege und Betreuung gefunden zu haben. Und damit alte Menschen und ihre Angehörigen vor der Wahl eines „schlechten“ Heims bewahren zu können.

Wenn denn da nicht der Prüfer des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) wäre mit seinen individuellen Vorerfahrungen und Bewertungen. Reicht eine stecknadelkopfgroße Druckstelle bei einem von 100 Bewohnern aus, um gleich für einen ganzen Prüfkomplex ein „Mangelhaft“ zu vergeben? Was nicht heißt, dass die Pflegemitarbeiter sich nicht darum gekümmert haben, sondern nur, dass sie nicht dokumentiert worden ist.

Anne Marx, verantwortlich für die Beratung und Vertretung der stationären Altenhilfe beim Diözesan-Caritasverband Münster, sieht zumindest zwei gute Auswirkungen der PTV. Einige der 82 Fragen seien durchaus berechtigt und hätten einige Altenheime zum Nachdenken über Arbeitsabläufe angeregt. Auch seien die Einrichtungen insgesamt in der gemeinsamen Kritik an der PTV zusammengewachsen.

Marx hat dabei kein Problem mit der Dokumentation der Pflege an sich: „Die ist wichtig und notwendig.“ Es komme nur darauf, wie und vor allem wofür sie geführt werde. Die Marke der Rasiercreme aufzuschreiben, wenn sie auf dem Regal vor dem Spiegel schon stehe, stelle keine Qualitätsverbesserung für den Bewohner

dar: „Wo bleibt da der Erkenntnisgewinn?“, fragt sie. Den gibt es aber für die Kollegen, wenn vermerkt ist, dass der alte Mann wegen Lungenproblemen mit einem ganz bestimmten Ritual und behutsam morgens geweckt und auf das Aufstehen vorbereitet werden muss. Die Pflegedokumentation nimmt in der Tat eine zentrale Stellung in dem System der Qualitätsprüfung ein, das Prof. Dr. Klaus Wingenfeld von der Universität Bielefeld im Auftrag des Bundesgesundheits- und Bundesfamilienministeriums als mögliche Alternative zum „Pflege-TÜV“ entwickelt und getestet hat. Hierbei ist das entscheidende Kriterium, ob und wie sich der Gesundheits- und Pflegezustand des Bewohners nach dem Einzug im Laufe der Zeit entwickelt. (Natürlich wird dabei berücksichtigt, dass es mit fortschreitendem Alter

Frage 17.2, Transparenzkriterium 31:
Wird die erforderliche Körperpflege den Bedürfnissen und Gewohnheiten des Bewohners entsprechend durchgeführt?



Foto: Harald 07, Fotolia



Die Bürokratisierung der Pflege durch immer noch mehr Kontrollen führt nicht zu mehr Qualität.

Foto: Pohl

- ▶ nicht immer nur besser werden kann.) Der Diözesan-Caritasverband Münster wird dieses System unabhängig von der Überarbeitung der PTV testweise einführen. Die ersten 40 Altenheime in der Diözese starten damit im kommenden Jahr, weitere können nach und nach hinzustoßen.

Anzeige



Frage 18.4, Transparenzkriterium 33: Wird die Pflege im Regelfall von denselben Pflegekräften durchgeführt?

Die Daten für das Wingenfeld-System ergeben sich aus der ohnehin notwendigen Dokumentation und die Beurteilung aus dem Vergleich der Einrichtungen untereinander. Relevant ist, ob ein Heim über oder unter dem Durchschnitt liegt. Und damit es objektiv zugeht bei der selbst geschriebenen Dokumentation, gibt es stichprobenhaft externe Überprüfungen. Die könnte nach Ansicht von Wingenfeld gerne auch der MDK übernehmen.

Auf den ersten Blick mag auch dieses System bürokratisch erscheinen, aber es erfordert keine zusätzliche Dokumentation von für die tatsächliche Ergebnis- und Lebensqualität unnötigen Kriterien, reduziert externe Prüfungen auf ein geringes Maß und „bezieht vor allem alle Bewohner ein“, nennt Anne Marx ganz wesentliche Vorteile.

Im Ergebnis motiviere die Methode Wingenfeld nicht zu Kursen, wie man die Dokumentation für die PTV richtig schreibt, sondern zu tatsächlichen Verbesserungen für die Bewohner. „Erreichbar ist hier eine gute, also überdurchschnittliche Bewertung nur durch ein ständig betriebenes Qualitätsmanagement“, erklärt Marx. Sie bedauert den Irrweg der PTV, der nicht nur viel Geld gekostet hat, sondern auch wenig förderlich für das Image der Altenpflege ist. Dabei müssten mehr junge Erwachsene für den Beruf begeistert und Wiedereinsteiger gewonnen werden. Gerade da sei es nicht hilfreich, wenn der MDK in der Prüfung es beispielsweise als mangelnde Kontinuität negativ bewerte, dass mehrere Mitarbeiter sich um einen Bewohner kümmern (Frage 18.4). „Wenn wir auch Mütter gewinnen wollen, müssen wir Teilzeitstellen und flexible Arbeitszeiten anbieten“, erklärt Marx.

All die Versuche, von außen Qualität beurteilen zu wollen, ersetzen letztlich nicht die persönliche und individuelle Beurteilung. „Da hilft nur reingehen in die Einrichtung, mit den Mitarbeitern sprechen – und vielleicht auch mit Bewohnern“, sagt Marx. Dann zeigt sich, ob die Chemie stimmt, und wird spürbar, ob das vom MDK verlangte Leitbild nur dokumentiert ist – Note „sehr gut“ – oder tatsächlich gelebt wird. ◀

Harald Westbeld

Die Würde der Behörden ist unantastbar

Von Theodor Weißenborn

Im Fernsehen wurde über eine Musikerin, eine Violinistin, berichtet, die, hochbetagt, ihre Wohnung hatte räumen sollen und nach einer temperamentvollen Auseinandersetzung mit ihrem Hauswirt laut Gerichtsbeschluss als „tobsüchtig“ in die Psychiatrie eingewiesen worden war.

Die Behördenangestellten, die mit der Auflösung ihres Hausstandes betraut waren, hatten offenbar nicht damit gerechnet, dass sie je wieder aus der Klinik entlassen werden würde, und hatten ihre gesamte Habe kurzerhand auf die Straße zum Sperrmüll gestellt: außer altgedientem Mobiliar vor allem Kartons mit Büchern, Noten, Fotos, Briefen und persönlichen Aufzeichnungen, kurz: das Unschätzbare, nicht Quantifizierbare, das Inkommensurable.

Dann aber geschah das Unerhörte: Ein junger Arzt, der die alte Dame in der Klinik untersucht hatte, erklärte sie für gesund, attestierte ihr eine bemerkenswerte Selbstkompetenz und Persönlichkeitsstärke, nannte ihre Zornausbrüche situationsgerecht, völlig adäquat und sozial zumutbar und sorgte für ihre umgehende Entlassung.

Inzwischen war aber die Sperrmüllabfuhr dagewesen – und der Schaden, der Verlust der gesamten persönlichen Habe der alten Dame, war irreversibel. Man hatte der Frau den Schlüssel zu ihrer – nunmehr leeren – Wohnung zurückgegeben und ihr süßsauerlich alles Gute gewünscht.

Eine Woche später, nach neuerlicher Intervention des Hauswirts, hatte man die Frau in ihrer Wohnung aufgesucht und sie in der Toilette angetroffen. Sie habe keine andere Sitzgelegenheit, hatte die Frau gesagt. Sie besaß weder Bett noch Stuhl, noch Tisch und hatte, da sie auch keine Gardinen mehr besaß, die Fensterscheiben mit Zeitungen zugeklebt. Das sah (auch von außen) nicht gut aus. So war sie erneut auffällig geworden. Zudem hatte sie nichts gegessen, wollte auch keine Nahrung

zu sich nehmen – es sei ihr, so sagte sie, der Appetit vergangen –, und folglich wurde sie erneut in die Klinik gebracht.

Jetzt hatte man sie wieder da, wo man sie haben wollte, und ihr weiteres Schicksal würde wiederum abhängen vom austauschbaren Urteil launischer Ärzte, die je nach Studiengang und Lehrmeinung zu unterschiedlichen Diagnosen und Prognosen gelangten (bei denen jeder dreimal raten durfte), die je nach Plan (es ging reihum) auf der Aufnahmestation gerade Tag- oder Nachtdienst hatten und die sich durch die Bank eher als Agenten der Behörden denn der Patienten verstanden.

(Die Leute vom Sozialamt, so sagte der Kommentator, hatten innerhalb ihres Ermessensspielraums korrekt nach Vorschrift gehandelt.)

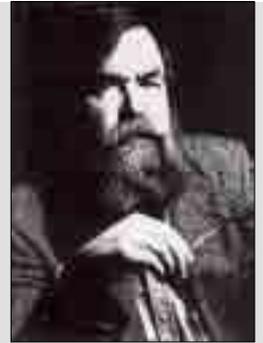
Mir schnürte es die Kehle zu. Das Entsetzlichste war, dachte ich, dass die Frau ihre persönliche Habe verloren hatte, des Speichers ihrer Erinnerungen, ihrer geistigen Nahrung, ihrer Lebensgeschichte, ihrer Welt und somit ihrer Identität beraubt war.

Das Wichtigste, was sie ihr Leben lang verwahrt hatte: Fotos, Notizen, Briefe, die Träger von Ideen, die unerschöpflichen Stimulanzien der Fantasie, kurz: ihr persönlicher Kosmos, hätte womöglich Raum gehabt in einer Plastiktüte, die man ihr hätte mitgeben können, die sie bei sich getragen hätte wie ihren Kopf. Den, immerhin, hatte man ihr gelassen, aber man würde ihn vollstopfen mit Surrogaten und Giften.

Kein Buch, kein Foto, kein Brief – nicht einmal eine Tüte.

Nun musste sie das Verlorene, Vergangene in ihrem Innern tragen, sich die verlöschenden Bilder ihrer Welt vor ihr inneres Auge halten, ganz nah, um sie zu erkennen, einmal noch zu sehen in einem schon verdämmern Licht. Nur dies noch war ihr geblieben: das, was sie sah, wenn sie die Augen schloss.

Dieser Frau war behördlicherseits recht geschehen. Sie war Humanobjekt des Sozialvollzugs, und was noch ausstand, war lediglich die Vollstreckung der Finalbetreuung.



*Theodor Weißenborn
lebt als freier Schriftsteller
in Köln-Rodenkirchen.*

Mangel, Überforderung und harte Strafen

Studie bietet ersten Gesamtüberblick über die konfessionelle Heimerziehung nach dem Krieg

Die oft problematischen Zustände in der konfessionellen Heimerziehung haben die Leitungen der jeweiligen Einrichtungen und die Aufsichtsorgane passiv zugelassen. Zwischen 1949 und 1972 wurden Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung meist nur unzureichend gefördert, sie erlitten vielfach Demütigungen und wurden oft auch Opfer von Misshandlungen und Missbrauch. Mangelhafte äußere Bedingungen, der damals vorherrschende rigide Erziehungsstil sowie das persönliche Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter haben zu den traumatisierenden Erfahrungen vieler Heimkinder beigetragen.

Das sind die zentralen Ergebnisse des ersten Gesamtüberblicks zur konfessionellen Heimerziehung in der jungen Bundesrepublik Deutschland bis in die 70er-Jahre hinein. Die Bochumer Wissenschaftler Prof. Dr. Wilhelm Damberg (Katholisch-Theologische Fakultät der RUB) und Prof. Dr. Traugott Jähnichen (Evangelisch-Theologische Fakultät) stellten nach drei Jahren Forschung die Ergebnisse der Untersuchung vor. Die Ergebnisse machen es unumgänglich, den „Heimkinderstatus“ zu entstigmatisieren, heißt es in der Studie. Helfen könne dabei vor allem eine Offenlegung der Akten. Den Betroffenen von einst solle heute bei Bedarf therapeutische Hilfe sowie in zahlreichen Fällen materielle Unterstützung geboten werden. Auch eine weitere, nicht nur individuelle Aufarbeitung der Heimerziehung sei notwendig.

Teils drakonische Strafen

Personalmangel und Überforderung, lange Arbeitszeiten, schlechte Entlohnung, fehlende Anerkennung, das Wegschauen der Bevölkerung und vieles mehr: Die Liste an Ursachen und Gründen für das Fehlverhalten von Heimpersonal ist lang. Das entschuldigt jedoch nicht teils drakonische Strafen und Demütigungen als „Erziehungsstil“ in vielen Heimen – etwa Essensentzug, Isolierung in „Besinnungszimmern“, das Abschneiden der Haare bis hin zu körperlicher Züchtigung und Misshandlung.

Die Ergebnisse der Studie erscheinen im Herbst als Buch. Eine ausführliche Zusammenfassung unter <http://aktuell.ruhr-uni-bochum.de/pm2011/pm00163.html.de>



Die Studie wurde in einem gemeinsamen Projekt unter der Leitung der Professoren Dr. Wilhelm Damberg (Katholische Theologie / Kirchengeschichte)

(Foto: Ruhr-Uni) und Dr. Traugott Jähnichen (Evangelische Theologie / Christliche Gesellschaftslehre) von den Historikern Dr. Bernhard Frings und Dr. Uwe Kaminsky erstellt.

Versagen, Schuld – aber auch vereinzelt großes Engagement

„Die Leitungen der jeweiligen Einrichtungen wie auch die kirchlichen Aufsichtsorgane haben die oft problematischen Zustände gekannt oder hätten sie zumindest genau kennen können“, so die Bochumer Forscher. In den kirchlichen Heimen gab es sowohl „Fälle eklatanten Versagens und großer Schuld“ als auch „ein überdurchschnittliches Maß an Engagement der Mitarbeitenden“. Mit Blick auf die einzelnen Handelnden sei daher stets ein sehr sorgfältig abwägendes Urteil notwendig, so die Autoren der Studie. „Die Komplexität der damaligen Verhältnisse beruhte eben auch auf dem Umstand, dass niemals nur kirchliche Träger oder staatliche Instanzen allein für das Wohl der Kinder und Jugendlichen verantwortlich waren, sondern immer beide“ – was sich aber nicht zum Vorteil der Kinder ausgewirkt habe.

Mit Ausnahme der religiösen Erziehung zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen kirchlichen Heimen, Heimen in der Trägerschaft anderer Wohlfahrtsverbände oder öffentlichen Heimen. „Insofern spiegeln die kirchlichen Heime weithin das Maß der seinerzeit geltenden Normalität wider, was allerdings den kirchlichen Selbstanspruch deutlich unterschreitet.“ ◀



*Mitten zwischen Kindern und Kistenkobolden: Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) und LAG-Vorsitzender Andreas Meiwes bei der Papilio-Auftaktveranstaltung in Essen.
Foto: Lahrmann*

Frühzeitige Prävention

Kindergarten-Projekt „Papilio“ gegen Sucht und Gewalt gestartet

Die Kistenkobolde waren los: Heulibold, Zornibold, Bibberbold und Freudibold tanzten in der Zeche Carl in Essen und hatten vor niemandem Respekt. Der Auftakt des Kindergarten-Projekts „Papilio“ gegen Drogensucht, Komasaufen und Gewalt war gelungen – die Kinder hatten Spaß. Auf spielerische Weise soll „Papilio“ frühzeitig zur Prävention beitragen.

Initiatoren des Modellprojekts, das sich nun auf Kindergärten in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf konzentriert, sind vier Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, darunter die Caritasverbände für das Bistum Essen und das Erzbistum Paderborn, mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW. Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) hat die Schirmherrschaft übernommen. „Kinder, die frühzeitig lernen, mit ihren Gefühlen umzugehen, sind weniger suchtgefährdet und werden nicht so schnell gewalttätig“, sagte Steffens auf der Auftaktveranstaltung in Essen. Die Bekämpfung von Suchtkrankheiten und ihren Folgen sei eine der großen gesellschafts- und gesundheitspolitischen Herausforderungen der Zeit. In

NRW gebe es rund vier Millionen Suchtkranke. Neben der familiären Situation, dem sozialen Umfeld und dem Geschlecht hätten bei Kindern auch deren persönliche Stärken und Schwächen, etwa beim Umgang mit Alltagsproblemen, einen erheblichen Einfluss auf eine mögliche Suchtkrankheit.

Im Modellprojekt sind Kindergärten eingebunden, in denen besonders viele auffällige Kinder betreut werden. Die dort tätigen Fachkräfte werden besonders geschult, die sozial-emotionalen Fähigkeiten von Kindern zu fördern und so die Entstehung von psychischen Störungen und Krankheiten zu verhindern. „Mit Gefühlen umgehen zu lernen, ist ein ganz wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem positivem Selbstwertgefühl. So wird ein Grundstein für die gesunde Entwicklung der Kinder gelegt und Sucht und Gewalt vorgebeugt“, erklärte der LAG-Vorsitzende Andreas Meiwes.

Die Kosten für „Papilio“ betragen rund 1,26 Millionen Euro. Sie werden von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW übernommen. „Wir fördern besonders Projekte, die benachteiligten Kindern positive Perspektiven eröffnen“, erklärte Stiftungsvorstand Petra Grobusch. Das Projekt werde wissenschaftlich begleitet und soll bis 2013 laufen. ◀

Weitere Details unter www.papilio.de/papilio_projekt-nrw.php



Sichtlich wohl fühlt sich Heinz Hellekes, Bewohner im Altenheim Irmgardisstift Süchteln, zwischen der Altenpflegerin Janine Oberste (rechts) und der Auszubildenden Sandra Himmels.

Foto: Balsen

Dankbarkeit ist unbezahlbar

Qualifizierte Altenpflegerinnen und -pfleger sind auch im Kreis Viersen knapp geworden. Dabei sei die Pflege alter Menschen ein Traumberuf, finden Janine Oberste und Sandra Himmels. Die beiden Frauen arbeiten in Einrichtungen des Caritasverbandes.

Es geschah zu Beginn ihrer Ausbildung. Sandra Himmels sollte im Altenheim Irmgardisstift Süchteln eine demenziell veränderte Bewohnerin pflegen. Schnell spürte sie jedoch, dass die schweigsame alte Frau sie nicht beachtete und sich abweisend verhielt. „Sie wollte mich nicht an sich ranlassen“, erinnert sich die Brüggenerin. Eine Woche lang beobachtete sie die alte Frau. „Ich wusste, dass sie Musik gerne mag und früher oft getanzt hat. Da habe ich ihr etwas vorgesungen und so den Zugang zu ihr gefunden“, berichtet sie. Plötzlich nahm die über 80-jährige Seniorin ihre Hand und strahlte sie an. „Das hat mich sehr stolz gemacht“, sagt Sandra Himmels.

Sie erlebt in ihrer Arbeit viele solcher Momente. „Es ist ein gutes Gefühl, gebraucht zu werden“, sagt die 40-Jährige. Die gelernte Arzthelferin hat ein Jahr lang ihre Schwiegermutter gepflegt, bevor sie sich entschloss,

eine zweite Ausbildung zur Altenpflegerin zu machen. Ihren Ausbildungsvertrag hat sie mit dem Altenheim Irmgardisstift Süchteln des Caritasverbandes für die Region Kempen-Viersen abgeschlossen, die Theorie erlernt sie im Fachseminar für Altenpflege, das der Caritasverband in Nettetal unterhält.

Ein Praktikum in einer Senioreneinrichtung gab Janine Oberste die Gewissheit, in der Altenpflege ihren Traumberuf gefunden zu haben. Vor zwei Jahren schloss die 21-Jährige ihre Ausbildung mit dem Examen ab; heute arbeitet sie in der Caritas-Pflegestation Viersen. „Ich weiß, dass ich den Menschen helfe, und bekomme sehr viel Dankbarkeit zurück – das ist unbezahlbar“, meint die Süchtelnerin.

Janine Oberste und Sandra Himmels bedauern, dass Außenstehende den Beruf des Altenpflegers häufig auf bestimmte Tätigkeiten wie Waschen oder das Anreichen der Mahlzeiten reduzieren. „Warum hast du nicht Krankenschwester gelernt?“, ist Janine Oberste von Freunden gefragt worden. „Nur wenige sehen, dass bei uns neben dem medizinisch-pflegerischen Wissen auch viel Psychologie und soziales Engagement gefragt sind“, erläutert sie. Sie kommuniziere viel mit den Senioren, leite sie beispielsweise zur Bewegung oder zu Freizeitaktivitäten an und werde bei persönlichen Problemen oft um Rat gefragt. „Wir werden mit der Zeit zu Bezugs- und Vertrauenspersonen“, sagt sie.

Verantwortungsbewusstsein, Pflichtgefühl, Einfühlungsvermögen und Teamfähigkeit seien wichtige Eigenschaften, die ein Altenpfleger mitbringen müsse, erklärt Caris Lüders, die das Fachseminar für Altenpflege in Nettetal-Breyell leitet. Wer eine Karriere anstrebe, könne sich zur Wohnbereichsleitung, Pflegedienstleitung oder Einrichtungsleitung qualifizieren, ergänzt Patrick Pauls, Pflegedienstleiter im Altenheim Irmgardisstift Süchteln.

In dem Beruf lerne man schnell die „Selbstpflege“, berichten Sandra Himmels und Janine Oberste. Rückenschonendes Arbeiten gehört dazu, aber auch der Umgang mit Tod und Trauer. Angst vor dem eigenen Altwerden haben die beiden Frauen nicht. „Wir sehen, dass das Leben im Alter auch sehr schön sein kann. Solange es gut ausgebildete Altenpfleger gibt, mache ich mir keine Sorgen“, sagt Janine Oberste. ◀

St.-Antonius-Krankenhaus ausgezeichnet

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und Ulrike Wirges von der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) haben das St.-Antonius-Krankenhaus in Schleiden für seinen beispielhaften Einsatz für die Organspende ausgezeichnet.

„Organspenden retten Menschenleben“, sagte Kraft beim 6. Jahrestreffen der Transplantationsbeauftragten in Nordrhein-Westfalen, bei dem insgesamt sieben Krankenhäuser ausgezeichnet wurden.

Ausschlaggebend für die Ehrung sind Kriterien wie die Unterstützung der Transplantationsbeauftragten durch die Klinikleitungen, die Fortbildung des Klinikpersonals sowie die Erarbeitung von Leitlinien und Verfahrensschritten für den Akutfall Organspende. „Sehr unter-

schiedlich große Kliniken haben zum Teil über viele Jahre ein erhebliches Engagement für die Organspende gezeigt. Dafür danke ich ihnen und wünsche mir, dass viele ihrem Vorbild folgen“, erklärte Kraft. Nach mehreren Jahren im Aufwärtstrend gingen die Organspendezahlen in NRW im Jahr 2010 zurück. In den ersten Monaten dieses Jahres setzte sich dieser Trend fort. „Solche Zahlen müssen uns alle aufrütteln“, betonte Ulrike Wirges. „Der Rückgang liegt zwar im einstelligen Bereich, aber wenn man bedenkt, dass eine Organspende drei bis vier lebensrettende Transplantationen ermöglicht, so konnte die Hoffnung vieler Menschen auf die Behandlung ihrer lebensbedrohlichen Erkrankung erneut nicht erfüllt werden.“ ◀

K. Erdem



V. l. n. r.: Dr. Ulrike Wirges (DSO), Sascha Leesch, Dr. Martina Heinrichs, Jörg Friedel, Dr. Gerald Vey, Michaela Dimmer, Daniela Glasmacher, Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Theo Korth, Dipl.-Kfm. Bernd Koch, Kerstin Hennig

Foto: ctw

Qualifizierungskurs U3

Im Haus der Caritas nahmen die 18 Teilnehmerinnen des ersten Qualifizierungskurses „Im Fokus: Kinder unter drei“ von Bereichsleiter Andreas Wittrahm ihr Abschlusszertifikat entgegen. Die Ergänzungskräfte in Kindertageseinrichtungen hatten 160 Stunden Fortbildung absolviert. Mit dem Kursangebot trägt die Caritas einen wichtigen Baustein zur dauerhaften Beschäftigung von Kinderpflegerinnen in U3-Gruppen.

Seit 2008 gilt in der U3-Betreuung das Fachkräftegebot. Sogenannte Ergänzungskräfte können übergangsweise noch bis 2013 beschäftigt werden oder müssen sich fortbilden. Gelingt ihre Qualifizierung, so sichern sich die Tageseinrichtungen wertvolle Mitarbeiterinnen und deren umfangreiches Erfahrungswissen. Das kann ein wichtiger Vorteil im Kontext des ansteigenden Fachkräftebedarfs in pädagogischen Arbeitsfeldern sein. Da eine mehrjährige schulische Ausbildung zur examinierten Fachkraft für viele Mitarbeiterinnen nicht realistisch ist, können besonders berufserfahrene Ergänzungskräfte sich mit Hilfe einer Ausnahmegenehmigung weiterbilden. Das differenzierte Kurskonzept der Caritas greift die Erfahrungen der Teilnehmerinnen gezielt auf und setzt vor allem auf Prozessorientierung



V. l.: Susanne Antunes, Andreas Wittrahm (Caritasverband für das Bistum Aachen), Maria Lennartz (Referentin), Renate Ernst (Kursleiterin) und die erfolgreichen Absolventinnen der Fortbildung Foto: Gerd Schnitzler

und Modelllernen. In sechs Modulen, die sich über ein Jahr erstreckten, haben sich die Frauen für die Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter drei Jahren fit gemacht. Das einhellige Fazit aller Teilnehmerinnen lautete: „Wir haben einen neuen Blick auf das Kind unter drei Jahren gewonnen.“ ◀

Susanne Antunes



Aachen



„Karriere im Krankenhaus“

Im Schloss Krickenbeck in Nettetal fand die diesjährige Mitgliederversammlung der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser im Bistum Aachen statt. Sitzungsgemäß wurde in diesem Jahr der Vorstand neu gewählt. Alle acht zu wählenden Vorstandsmitglieder waren zur Wiederwahl bereit und wurden in ihrem Amt von den Mitgliedern bestätigt.

Mitglieder des neu gewählten Vorstandes (v. l. n. r.): Dieter Erfurth, Dr. Michael Behnke, Elmar Wagenbach, Thomas Schellhoff, Dr. Barbara Sauerzapfe, Elke Held, Dr. Andreas Wittrahm, Michael Braun Foto: Caritas

Thomas Schellhoff, Geschäftsführer des BETHLEHEM Gesundheitszentrums Stolberg, gab nach zwölf Jahren das Amt des 1. Vorsitzenden ab. Sein Nachfolger ist Elmar Wagenbach, Geschäftsführer des St.-Antonius-Hospitals Eschweiler. Andreas Wittrahm, Bereichsleiter Facharbeit und Sozialpolitik, würdigte die Verdienste und das Engagement von Schellhoff. Er habe engagiert die Belange der katholischen Krankenhäuser vertreten und sei in vielen Gremien zum Sprachrohr derselben geworden. Inhaltlich widmeten sich die Teilnehmer der Frage, welche Konzepte und Strategien die Krankenhäuser entwickeln müssen, um zukunftsorientierte Personalentwicklung zu betreiben. ◀ Elke Held

Handlungsempfehlung

Einstimmig hat die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Einrichtungen und Dienste im Bistum Aachen (AGKE) eine Handlungsempfehlung zur Gewährleistung einer gewaltfreien Kultur in den Diensten und Einrichtungen der Jugendhilfe beschlossen.

Damit setzte die AGKE Aachen ein wichtiges Signal für die weitere gemeinsame Arbeit. Gleichzeitig reagierte sie auf die Ergebnisse der Runden Tische der Bundes-

regierung „Heimerziehung der 50er- und 60er-Jahre“ und „Sexueller Missbrauch“. Die Jugendhilfeträger und ihre Leitungen und Mitarbeiter(innen) wollen im gemeinsamen Prozess ein Klima schaffen, das Übergriffe und sexuelle Gewalt verhindert und die Rechte von Kindern und Jugendlichen sichert. ◀ Dagmar Hardt-Zumdick

Menschen in der Caritas



Foto: Krawietz

Neuer Geschäftsführer des Caritasverbandes für die Region Mönchengladbach-Rheydt ist der 41-jährige Betriebswirt Frank Polixa. Bei der symbolischen Schlüsselübergabe am 4. Juli begrüßten der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes, Dr. Christof Wellens, und der bisherige kommissarische Geschäftsführer, Aloys Bushuven, offiziell Frank Polixa als neuen Chef der 659 hauptamtlichen und 264 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes. Polixa bringt für seine verantwortungsvolle Tätigkeit langjährige Erfahrung als Wirtschafts- und Verwaltungsleiter des Viersener Caritasverbandes mit.

Das **Goldene Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 5. Mai 2011: Claudia Extra, Dirk Hueber, Sabine Karutz, Henricus Robroek, Siegwart Watroba, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.; am 30. Juni 2011: Lieselotte Fehr, St.-Antonius-Hospital Eschweiler.

Das **Silberne Ehrenzeichen** des Deutschen Caritasverbandes haben erhalten: am 9. Mai 2011: Erik Evertz, Birgit Jochum-Fischer, Dr. Bernd Kogel, Gabriele Lampe, Beate Riedelbauch, Boguslaw Sliz, Caritasverband für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e.V.; am 7. Juli 2011: Anja Eggermann, Sylvia Henkel, Dr. Ewa Müller, Monika Nagelschmidt, Marina Rohner, Bernd Rütten, Birgit Symanzik, St.-Antonius-Hospital Eschweiler.

Caritas-Telegramm

Foto: Gerd Schnitzler



Aachen. Mitarbeiter der „Info-stelle Berufe und Dienste der Kirche“ (IBDK) sowie Gesprächspartner der Caritas und des Bischöflichen Generalvikariates informierten und berieten

gemeinsam interessierte Jugendliche auf der Berufsbildungsmesse ZAB im Eurogress in Aachen. Auch Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders (l.) und Pfarrer Ludwig Kröger (2. v. l.) standen an einem Tag für Gespräche und Fragen rund um soziale Berufe bereit. Schließlich sind die beiden Kirchen mit rund 1,3 Millionen Beschäftigten nach dem Staat Deutschlands größter Arbeitgeber. Allein Caritas und Diakonie beschäftigen in ihren Einrichtungen jeweils knapp eine halbe Million Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Nideggen. „Es hat viel Spaß gemacht!“, war der einhellige Kommentar der Senioren, die seit Februar zweimal wöchentlich jeweils eine Doppelstunde lang gemeinsam mit Schülern des Info-Kurses der Realschule Nideggen vor den Computern saßen. Während sich die einen damit beschäftigten, Fotos zu bearbeiten, ließen sich andere Tipps geben, wie man im Internet surft oder ein Word-Dokument erstellt. Die Interessen waren breit gefächert, so dass sich auch die betreuenden Schüler immer wieder herausgefordert fühlten. Dafür erfuhren sie umgekehrt eine Menge Lob und auch, dass manch ein Senior in seiner Jugend ebenfalls Motorrad-Fan war oder Rock- und Pop-Konzerte besucht hatte. Besonders beeindruckt waren die Senioren vom Besuch einer LAN-Party des Info-Kurses der 10. Klassen. Das Projekt „Jung und Alt – Miteinander und voneinander lernen“ soll auf jeden Fall fortgesetzt werden.

Gisela Gerdes

Heinsberg. Stolz übergaben Jacoba Heinrichs (10), die Geschwister Magnus (7), Joseph (10), Greta (12) und Johannes (13) Jochims, Moritz Küsters (10) sowie Laurenz und Vinzenz Tholen 750 Euro aus der Aktion „Kraniche für Japan“. Werner Schumacher (Foto links hinten) vom Diözesan-Caritasverband wird das Geld über Caritas international an die Caritas Japan weiterleiten. Auch Gottfried Küppers (rechts hinten), Geschäftsführer des regionalen Caritasverbandes Heinsberg, und Bärbel Windelen, Gemeindefachkraft, dankten den Kindern. „Im Fernsehen haben wir die Bilder von Zerstörungen gesehen. Uns hat berührt, dass die Kinder dort ihre Heimat verloren haben“, sagte Greta Jochims. Und so falteten sie gemeinsam mit den anderen in der kurzen Zeit von zwei Tagen an die 160 Kraniche für den Verkaufsstand beim Trödelmarkt. Anschließend bekamen sie noch viele weitere Spenden unter anderem vom Kindergarten und Pfarrgemeinderat. „Die Leute fanden unsere Aktion gut. Nur



Foto: Weingärtner

viele Kinder haben uns ausgelacht“, erzählte Johannes. „Wenn alle Menschen so denken würden wie ihr, bräuchten wir keine Caritas“, bemerkte Werner Schumacher. „Hut ab vor dem, was ihr geleistet habt.“ Für die Menschen in Japan sei es wichtig, zu sehen, dass es andere Menschen auf der Welt gebe, die Mitleid hätten und helfen möchten, so Schumacher.

Eva Weingärtner

Linnich. Das St.-Josef-Krankenhaus, Linnich, hat bei einer Patientenbefragung durch die AOK Rheinland erneut einen Platz unter den ersten zehn Plätzen erreicht. Die prozentuale Zustimmung lag bei 83,8 Prozent. Insgesamt bewerteten AOK-Versicherte in der Befragung rund 150 Krankenhäuser im Rheinland. Anhand von Fragebögen wurden zum Beispiel die ärztliche und pflegerische Behandlung, die Information durch den Arzt und durch das Pflegepersonal sowie Organisationsabläufe, Service und Behandlungserfolg in „ihrem“ Krankenhaus bewertet. Die Befragten gaben auch an, ob sie das Krankenhaus weiterempfehlen würden. 85,9 Prozent würden das St.-Josef-Krankenhaus weiterempfehlen.

K. Erdem

Aachen, Düren, Euskirchen. Wegen der großen Nachfrage gehen die Jugendmigrationsdienste Aachen, Düren und Euskirchen in die zweite Phase des Schulprojektes. Die Schülerinnen und Schüler sehen gemeinsam den Film „Next Generation“ und bearbeiten in einer Doppelstunde Themen wie Ausgrenzung, Mobbing, Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit oder Gewalt. Ziel des Projektes ist es, Schüler anzuregen, über die Konsequenzen ihres Verhaltens in unterschiedlichen Situationen nachzudenken, und ihnen weitere alternative Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Das kostenlose Angebot wird von den unterschiedlichen Schulformen in Anspruch genommen.

Infos: Brigitte Konerding, Tel. 02 41 / 9 49 27-2 80, b.konerding@caritas-aachen.de



In einer Schulstunde werden die Themen Mobbing und Ausgrenzung behandelt.

Foto: P. Bringas-Schelper



Fitte Kinder lernen besser – wer das optimale Schulfrühstück hat und sich in den Pausen und in der Turnhalle ausreichend bewegt, der ist hellwach und aufmerksam.

Foto: SkF

Gesunde Ernährung

Projekt FLIZmobil für Kinder kann bis 2015 weiter aufklären

Die Fakten sind eindeutig: Immer mehr Kinder sind übergewichtig, zunehmend werden Fertiggerichte und Fast Food konsumiert, Mahlzeiten werden immer seltener gemeinsam in der Familie eingenommen. Das Projekt „FLIZmobil – Gesunde Ernährung und Bewegungsförderung für Kinder“ will dieser Entwicklung entgegensteuern. 2007 als Pilotprojekt gestartet, kann das Programm des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) Essen-Mitte jetzt mit Hilfe von Stiftungsmitteln bis mindestens 2015 weiter finanziert werden.

„Wir arbeiten erlebnisorientiert“, erklärt Silke Michl, die Leiterin des Projektes, „und wir versuchen, alle Sinne der Kinder anzusprechen.“ In mehreren Unter-

richtseinheiten wird – auch jetzt vor den Herbstferien – das Einmaleins der Ernährung vermittelt – kindgerecht und praxisnah. So wird in der „TrinkBar“ anhand von Ritterspielen erklärt, wie wichtig Flüssigkeit für den Körper ist – anschließend dürfen sich die Kinder in der Shake-Zubereitung versuchen. Die Unterrichtseinheit „Kinder als kleine Verbraucher“ dagegen soll den Grundschulern helfen, einen kritischen Blick auf die Nahrungsmittelindustrie zu entwickeln.

„Wir wollen aber nicht mit erhobenem Zeigefinger auf die Kinder zugehen, sondern vor allem aufklären“, sagt Birgit Gräf, die die SkF-Fachstelle Prävention und Bildung leitet und das FLIZmobil ins Leben gerufen hat. „Ziel des Projektes ist, nachhaltig zu gesunder Ernährung und mehr Bewegung beizutragen. Deswegen versuchen wir, auch die Eltern ins Boot zu holen und für unser Programm zu begeistern“, so Michl.

Über die Kinder mit den Eltern in Kontakt zu kommen ist ein zentrales Anliegen des katholischen Fachverbandes. „Nur über die Einbeziehung von Schule und Familie kann es letztlich gelingen, die Gesundheitssituation der Kinder nachhaltig zu verbessern“, erklärt SkF-Geschäftsführer Björn Enno Hermans.

Pro Schuljahr werden fünf Grundschulen vom FLIZmobil betreut, im Fokus stehen sozial benachteiligte Stadtteile. Insgesamt werden künftig etwa 8 000 Grundschüler in ganz Essen erreicht. ◀

Leitfaden zur Erziehungshilfe

Die Ruhr Caritas hat einen 18-seitigen Leitfaden zur Einarbeitung von Fachkräften in der Erziehungshilfe und für den schulischen Ganztagsbetrieb herausgegeben. Das Heft will Einrichtungs-, Gruppen- und Beratungsstellenleitern über Checklisten und Verfahrenshinweise eine Hilfestellung geben. Diese wurden von Praktikern aus der Erziehungshilfe entwickelt. Verantwortlich für den Inhalt ist die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen im Bistum Essen (AGkE). Das Heft kann gegen eine Schutzgebühr von drei Euro und Versandkosten bestellt werden unter Tel. 02 01 / 8 10 28-5 12, E-Mail: svenja.fleer@caritas-essen.de.



„Rucksack“ – eine Familienreise

Neun Monate lang haben 14 Mütter vom Caritas-Kindergarten und Familienzentrum St. Viktoria am Elternbildungs- und Sprachförderprogramm „Rucksack“ teilgenommen. Das aus den Niederlanden stammende Projekt setzt auf Zweisprachigkeit und bezieht die Mütter in die Sprachförderung mit ein.

Nach einem festen Arbeitsplan wurden unter Leitung von Zeynep Kokott alltagsrelevante Themen wie z. B. „Mein Körper“ oder „Meine Familie“ auf Türkisch besprochen. Danach tragen die Mütter das Erlernete über

Arbeitsblätter nach Hause (deshalb der Projektname) und geben es an ihre Kinder weiter. Parallel dazu wird das gleiche Thema im Kindergarten auf Deutsch besprochen. Das Rucksack-Projekt kommt bei Eltern und Kindern gut an. „Wir konnten beobachten, dass sich die Sprachkompetenz der Jungen und Mädchen deutlich verbessert“, sagt Andrea Grafeld, Leiterin des Caritas-Kindergartens, der als Familienzentrum zertifiziert ist. Außerdem sei der Kontakt zu den türkischen Müttern intensiver geworden. ◀

Zusammen mit Elternbegleiterin Zeynep Kokott (vorn, Mitte) haben sich Mütter und Kinder des Caritas-Kindergartens St. Viktoria in den letzten Monaten mit dem „Rucksack“ auf eine Sprach- und Entdeckungsreise begeben.

Foto: Caritas

Freiwillige Dienste

Kooperation soll Interesse an BFD und FSJ fördern

Die Ruhr Caritas, das Bischöfliche Jugendamt und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Bistum Essen werden beim Bundesfreiwilligendienst (BFD) und beim Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) zusammenarbeiten. Diese Kooperation wurde jetzt offiziell besiegelt.

Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes begrüßte die Zusammenarbeit. Das mache Sinn, das sei eine sinnvolle Symbiose dreier Partner, die jeweils ihre Stärken einbringen würden. „Das Bischöfliche Jugendamt kümmert sich um die pädagogische Begleitung der Freiwilligen. Der BDKJ als Jugendverband hat den ‚direkten

Draht‘ zu jungen Menschen und sorgt für die jugendpastorale Begleitung. Die Caritas im Ruhrbistum vermittelt zusammen mit dem Bischöflichen Jugendamt in soziale Einrichtungen und Dienste und kümmert sich als Rechtsträger um die Organisation der Freiwilligendienste im Bistum Essen“, sagte Meiwes.

Während das FSJ gut nachgefragt werde, gebe es beim BFD freilich noch „Luft nach oben“, erläutert Karl Buron, früherer Beauftragter für den Zivildienst bei der Caritas im Ruhrbistum und nun gemeinsam mit Birgitta Kelbch für die „Freiwilligendienste im Bistum Essen“ zuständig. Für Interessierte zwischen 16 und 27 Jahren bietet sich sowohl ein Platz für den Bundesfreiwilligendienst als auch für das Freiwillige Soziale Jahr an. Interessenten über 27 Jahre können in den Bundesfreiwilligendienst vermittelt werden. ◀

Infos: Freiwilligendienste im Bistum Essen, Tel. 02 01 / 8 10 28-1 58, E-Mail: freiwilligendienste@caritas-essen.de

Sterbe- und Trauerbegleitung

Fast ein Jahr lang haben sich 13 engagierte Ehrenamtliche in einem Kurs zur „Sterbe- und Trauerbegleitung“ fortgebildet. Getragen wurde die Weiterbildung vom Hospizverein St. Hildegard, der zur Caritas Gelsenkirchen gehört, und vom Gelsenkirchener Hospizverein.

In drei Fortbildungseinheiten bereiteten sich die Teilnehmer auf ihre schwierige Aufgabe vor. Im ersten Block ging es um die eigene Auseinandersetzung mit

Sterben, Tod und Trauer sowie um Grundhaltungen der hospizlich-palliativen Begleitung. Der zweite Block behandelte Fragen über die Bedeutung des Gespräches mit Sterbenden und ihren Angehörigen und wie der Begleiter es führen kann, welche Rolle Stille und Berührung oder Spiritualität und Rituale spielen und wie sich eine Bilanz des Lebens ziehen lässt. Der dritte Block schließlich thematisierte erste Begegnungserfahrungen sowie Praxisberichte und gab praktische Hilfen für die Begleitung Sterbender und Angehöriger. ◀

In Kürze beginnt im Liebfrauenstift, Ruhrstr. 27, ein weiterer Kurs. Infos gibt es bei Ulrich Schneider von PlusPunkt, der Fachstelle für das Ehrenamt der Caritas, unter Tel. 02 09 / 1 58 06 53 oder beim Hospizverein unter 02 09 / 8 18 23 52.



„Farbtopf“ mit Künstlerin Susanne Nocke

Foto: Franz-Sales-Haus

Malen und malen lernen

Fotografie, Malerei, Musik, Literatur, Tanz oder Theater – gemeinsam mit Kulturschaffenden aus der Region bietet das Franz-Sales-Haus auch im neuen Kursprogramm für Menschen mit und ohne Behinderung wieder viele Kurse und Workshops an.

Was zum Beispiel die Mona Lisa so einzigartig macht und wie ein richtiges Kunstwerk entsteht, erklärt der Essener Künstler Michael Grewendick von Lomm zu Werden in seinem Bildbetrachtungskurs. Selbst malen geht natürlich auch: zum Beispiel mit der Künstlerin Susanne Nocke. Wer lieber vor der Kamera posiert, für den ist sicherlich der Porträt-Kurs des Fotografen Achim Pohl interessant. Hier werden die Grundlagen der Porträtfotografie und digitalen Nachbearbeitung anschaulich vermittelt. Um fantasievolle Geschichten und Gedichte geht es in dem Kurs „Unendliche Geschichten“ von Mareike Covella.

Eine Übersicht der Kurse ist der neuen Kursbroschüre, die kostenlos im Franz-Sales-Haus erhältlich ist, zu entnehmen oder im Internet unter www.franz-sales-haus.de zu sehen. ◀

Pflegedienste rücken zusammen

Das Ziel war vorweg formuliert worden: das gegenseitige Kennenlernen der Dienste und die Gründung einer Arbeitsgruppe, die eine engere Kooperation auch im Tagesgeschäft vor Ort vorsieht.

Mit dieser Vorgabe trafen sich jetzt über 30 Jahre nach ihrer Gründung erstmals die beiden katholischen Pflegedienste in Essen. Dies sind die „Caritas-Pflegedienste Ruhr“ und die „Katholische Pflegehilfe Essen“. Sie be-

treuen zusammen mit rund 730 Mitarbeitern über 3 000 Patienten in der ambulanten Pflege und erwirtschaften jährlich rund 22 Millionen Euro Umsatz.

Einig war man sich, dass die praktische und politische Zusammenarbeit beider Dienste Sinn mache. Auch ein gemeinsames Auftreten „nach außen und innen“ sei von Vorteil. Eine Fusionierung beider Dienste sei aber kein Thema, hieß es beim Schnupper-Kennenlern-Kurs. ◀

Menschen in der Caritas

Der neue Caritasrat hat die Weichen für die künftige Führungsstruktur der Caritas in Gladbeck gestellt. Zum Vorsitzenden wurde **Ulrich Neumann** gewählt, der schon zuvor Vorsitzender des ehrenamtlichen Vorstandes war. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Caritasrates wählte das neue Gremium **Berthold Grunenberg**. Zu hauptamtlichen Vorstandsmitgliedern wurden Caritasdirektor **Ansgar Funcke** als Vorsitzender und **Rainer Knubben** als Mitglied des Vorstandes gewählt.

Hohe Anerkennung für zwei Essener „Caritasler“ in Warschau: 30 Jahre nach Beginn der „Polenilfe“ aus dem Ruhrbistum wurden der ehemalige Essener Diözesan-Caritasdirektor **Prälat Günter Berghaus** (81) und der ehemalige Auslandsreferent **Rudi Löffelsend** (61) mit der Ehrenmedaille der Caritas Polen ausgezeichnet. „Eure Transporte haben Tausenden Menschen geholfen zu überleben“, würdigte der

Verabschiedung einer der ersten Transporte in Essen durch Ruhrbischof Franz Hengsbach (Mitte) und Rudi Löffelsend (links)

Foto: privat



Direktor des größten polnischen Wohlfahrtsverbandes, **Prälat Marian Suborcz** (64), die Geehrten. Löffelsend, der für die Organisation der Hilfsgütertransporte zuständig war und selbst weit über 100-mal mitgefahren ist, erinnerte an die Langzeitwirkung der Beziehungen, die durch diese Transporte entstanden seien. Auch nach 30 Jahren seien der Kontakt und die gegenseitige Hilfe nicht abgebrochen.



Lebhafter Austausch beim Caritas-Kaffeeklatsch

Foto: Grätz

Kaffeeklatsch mal anders

Veranstaltungsreihe zum Jahresthema „Inklusion“

An die hundert Interessierte sind den ersten beiden Caritas-Einladungen zu einem „etwas anderen Kaffeeklatsch“ nach Essen und Duisburg gefolgt. In lockerer Kaffeehaus-Atmosphäre führten Ehrenamtliche, Interessierte und Hauptamtliche engagierte Diskussionen zum Thema Inklusion.

Unterstützt durch einen Gebärdendolmetscher, kamen hörende und gehörlose Menschen ins Gespräch zu zentralen Themen der diesjährigen Teilhabekampa-

gne des Deutschen Caritasverbandes „Kein Mensch ist perfekt“: Wo und wie gelingt die „selbstverständliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ in den Kirchengemeinden? Welche Barrieren müssen noch aus dem Weg geräumt werden?

„Dies war ein guter Anfang“, so ein Teilnehmer, „und wir sollten auch über das Jahr hinaus weitermachen mit diesen Themen.“ Und so wurde der Wunsch nach regelmäßigen Treffen geäußert, um sich besser kennenzulernen. Geistliche sollten sich stärker als „Schrittmacher“ für Inklusion betätigen und für die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen im Gemeindeleben werben: im Kirchenchor, in der Jugendgruppe, bei Pfarrfesten. Menschen mit Behinderungen wiederum sollten sich selbstbewusster und aktiver am Leben der Kirchengemeinde beteiligen: Voraussetzung für eine Annäherung ist die Bewegung aller aufeinander zu.

Hubertus Strippel, Behindertenbeauftragter bei der Caritas im Ruhrbistum, betonte, dass auch die Kirche hier noch einiges tun müsse: „Sie muss Raum geben für das Unterschiedliche, nicht nur im Nebeneinander, sondern im Miteinander.“ ◀

Caritas-Telegramm

Gelsenkirchen. Der „Treffpunkt“ der Caritas in Gelsenkirchen für psychisch kranke und behinderte Menschen lädt ein zum „Hineinschnuppern“ in die offene Kunstgruppe. „Unsere Besucher müssen nichts Besonderes ‚können‘, niemand muss sich unter Druck setzen. Die Freude an der Kreativität und am Umgang mit Farben und unterschiedlichen Materialien ist maßgebend“, sagt Monika Drobeck, Kunsttherapeutin im „Treffpunkt“. Das Projekt ist ganz im Sinne der diesjährigen Caritas-Kampagne zum Thema Inklusion und der gleichberechtigten Teilhabe: In der integrativen Kunstgruppe kommen behinderte und nicht behinderte Menschen zusammen, um sich künstlerisch auszuprobieren, Neues zu erlernen und mit der Kunst Freude zu haben. Die Kunstgruppe trifft sich jeden Montag zwischen 12 und 13 Uhr in der Husemannstraße 23 (Eingang auf dem Hof).

Gelsenkirchen. Im Caritas-Altenheim St. Anna in Bulmke-Hüllen bietet die Alzheimer-Gesellschaft Gelsenkirchen eine neue Selbsthilfegruppe für Angehörige von Demenzkranken an. Die Gruppe trifft sich an jedem ersten Donnerstag im Monat. Betreut werden alle Interessierten von Andrea Hundert im Haus St. Anna und von



Rund 500 Caritas-Ehrenamtliche aus dem ganzen Ruhrbistum waren der Einladung der Caritas zur diesjährigen CKD-Wallfahrt zum „großen Kevelaerer Kreuzweg“ gefolgt. CKD steht für die Caritas-Konferenzen Deutschlands. Trotz Regen und Sturm war die Stimmung bei den Beteiligten besinnlich bis heiter:

„Wir sind beim nächsten Jahr wieder dabei“, so eine Teilnehmerin aus Gladbeck.

Foto: Margareta Rottmann

Rita Brandt-Matz als ehemaliger Angehöriger einer demenzkranken Mutter. Bei allen Terminen ist für die Betreuung der erkrankten Menschen gesorgt, um pflegenden Angehörigen ihre Teilnahme zu ermöglichen. In Gelsenkirchen leben mehr als 4 000 Menschen mit Demenz. Etwa zwei Drittel aller Betroffenen werden meist durch ihre Angehörigen betreut und gepflegt.



Strahlende Gesichter auch bei der Verleihung des Sonderpreises
Fotos: Anna Bossy

Stark mit „Justine“

Caritas verleiht zum dritten Mal Kinderrechtepreis

Aufregung unter den 19 Bewerbergruppen im Internationalen Zentrum des Caritasverbandes Köln. Nach dem Vorbild der Romanfigur Justine von Antje Szillat, die mutig und unermüdlich für die Rechte der Kinder eintritt, sind sie auch bei der „Mission Kinderrechte“ dabei und haben sich beworben. Um bei Kindern und Jugendlichen ein Bewusstsein für ihre Rechte zu schaffen, verlieh der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln in diesem Jahr bereits zum dritten Mal den Kinderrechtepreis „Justine“.

Die stolzen Gewinner der „Justine“ stehen Moderatorin Susanne Becker-Huberty gern Rede und Antwort.

Die Bewerber waren aufgefordert, ein Kinderrecht, das ihnen besonders am Herzen lag, kreativ darzustellen. „Nur wer seine eigenen Rechte kennt, kann sie nutzen und für sie eintreten“, betonte Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel bei der Preisverleihung. Der mit Sachpreisen im Wert von 1 000 Euro dotierte erste Preis ging an die Kinder der Klassen 3a und 3c der Gottfried-Kinkel-Grundschule, die der „Open-End-Geschichte“ „Matthis und Tom“ einen individu-

ellen Schluss gaben. Den zweiten Platz belegte die Hildegardgruppe im Raphaelshaus aus Dormagen. Mit ihrem Film „Geboren, um zu leben“ beschreiben sie den Werdegang zweier Mädchen aus unterschiedlichen Familien. Mit dem dritten Preis zeichnete die Caritas das Gemeinschaftsprojekt der Schulsozialarbeit des Caritasverbandes Düsseldorf, der Mosaikschule – Städtische Förderschule für geistige Entwicklung – und der Gemeinschaftsgrundschule Gumbert-Schule aus. Zusammen stellten die Kinder und Jugendlichen ein Kunstprojekt zur Förderung der Stärken von Kindern mit und ohne Behinderung auf die Beine. Als Belohnung gab es Sachpreise im Wert von 500 Euro.

Über den Sonderpreis von 300 Euro freute sich die Kindertagesstätte St. Hedwig des SKM Köln. Die Mädchen und Jungen verfilmten ihr Theaterstück über Kinderrechte, bei dem sie eindeutig Position bezogen: Kinder haben ein Recht auf die Fürsorge ihrer Eltern.

Zum ersten Mal vergab die Caritas auch einen Originalitätspreis, den die Tagesgruppe Raphael 1 aus Köln entgegennehmen durfte. Sie setzte sich sprichwörtlich spielerisch mit ihren Rechten auseinander und entwickelte ein Brettspiel, das anhand von Aktions- und Wissenskarten dazu motiviert, sich mit den Kinderrechten auseinanderzusetzen. ◀

Anna Bossy/dg



Caritas im Erzbistum Köln jetzt auf Facebook & Youtube

Besuchen Sie uns unter www.facebook.com/caritas.erzbistum.koeln! Auf einer „Pinnwand“ werden Sie noch aktueller über alles, was uns in der Caritas bewegt, informiert. Vor allem suchen wir hier den Austausch mit Ihnen. Unter „Caritasnet“ stellen wir unsere Angebote und Dienstleistungen im Erzbistum Köln vor; eine integrierte

Karte führt direkt zur Caritas vor Ort. Wir freuen uns, wenn Sie den „Gefällt-mir-Button“ drücken und die Seite Ihren „Freunden“ vorschlagen. Ab sofort sind auch alle Videos, die im Zusammenhang mit dem Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln stehen, auf Youtube zu finden unter www.youtube.de/dicvkoeln. Auch hier freuen wir uns über Ihre Kommentare und Anregungen.

Alfred Hovestädt

Kunterbunte Jugendvilla

Neuer Treff für Euskirchen feierlich eingeweiht

Über ein neues Jugendzentrum mitten in der Innenstadt können sich jetzt besonders die jungen Bürger in Euskirchen freuen. Nach einem Dreivierteljahr intensiver Umbau- und Erweiterungsarbeiten ist aus der ehemaligen Schützenhalle ein moderner und attraktiver Ort für Jugendliche und ihre Bedürfnisse geworden.

Auf 500 Quadratmetern können sie jetzt Gruppenräume, eine Lehrküche, eine komplett ausgestattete Mini-Turnhalle und einen EDV-Raum nutzen. Für Ver-



anstaltungen gibt es eine kleine professionelle Bühne. Das neue Jugendzentrum ermöglicht es der Caritas, Jugendlichen differenzierte integrative und auch geschlechtsspezifische Angebote zu machen. Nahezu der gesamte Bereich des neuen Zentrums ist barrierefrei und somit auch für Menschen mit Behinderung nutzbar. Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel betonte in seinem Grußwort bei der Eröffnung, dass die Zusammenlegung der beiden bisherigen Jugendzentren und die Möglichkeiten, die sich daraus ergäben, für die Caritas als Träger eine „Riesenchance“ seien. ◀
Carsten Düppengießer/dg

*Gemeinsam mit dem Caritasvorstand und dem Euskirchener Bürgermeister enthüllte Weihbischof Dr. Heiner Koch das Namensschild und gab den Gewinner des Wettbewerbs „Dein Name für das neue Jugendzentrum“ bekannt. Anschließend segnete er die neue Jugendvilla.
Foto: C. Düppengießer*



*Die Umgebung: hochhausgrau, trist. Mittendrin: ein mit bunten Graffiti verzierter Bauwagen, seit dem vergangenen Jahr Anziehungspunkt für viele Jugendliche in Worringen. Das „Mobile Bauwagenprojekt“ in Trägerschaft des SKM Köln, finanziert von der HIT-Stiftung, feierte jetzt Geburtstag. Sinnvolle Freizeitgestaltung, Stärkung von Toleranz und sozialer Kompetenz, Förderung von Integration und Gemeinschaftserleben sowie Hilfen zur Alltagsbewältigung waren die wesentlichen Ziele für das Projekt. Die Bilanz nach einem Jahr ist durchweg positiv: Der „Bauwagen“ ist gut in die Nachbarschaft integriert, das Angebot wird von den Jugendlichen engagiert angenommen.
Foto: Matthias Gill*

Überall dabei – Teilhabe erfolgreich gestalten

Fachtagung „Inklusives Gemeinwesen“ am 13./14. Oktober 2011 in Neuss

Mitreden, mitbestimmen, mitentscheiden – das ist der Anspruch, den jeder an sein Leben stellt. Gerade für Menschen mit Behinderung ist dies aber erst in Ansätzen verwirklicht. Sie sind nach wie vor nicht vollständig gesellschaftlich integriert. In vielen Belangen wird immer noch für sie statt mit ihnen entschieden. Die Fachtagung des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln und der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft

Viermal Caritas für Kinder

Vier Kinderbücher zu sozialen Themen im Paket gibt es jetzt zum Erzählen, Vorlesen oder Verschenken:

Wir fahren zur Kur –

Wie wirkt eine Mutter-Kind-Kur?

Die Königin des Altenheims –

Ist Oma im Altenpflegeheim glücklich?

Was macht Papa am Samstag? – Und was heißt Ehrenamt?

Jettes Schloss – Kinder mit und ohne Behinderungen

Das Paket mit den vier Caritas-Minibüchern ist erhältlich beim Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, Tel. 02 21 / 20 10-2 84, presse@caritasnet.de.

Preis: 3,80 Euro plus 1,45 Euro Versand



Behindertenhilfe im Erzbistum Köln will Impulse dafür setzen, Menschen mit Behinderung besser in das Geschehen im Stadtviertel einzubinden. Es werden gelungene Beispiele aus der Praxis vorgestellt, die zeigen, wie Menschen mit Behinderung als Experten mitwirken. ◀

*Infos und Anmeldung:
Tel. 02 21 / 20 10-1 12,
E-Mail: irene.janssen@caritasnet.de*



Kinderhospiz geplant

Ergänzung der ambulanten Kinderhospizarbeit in Wuppertal

Mitten im Staatsforst Burgholz tut sich ein freies Gelände auf. Eine Gruppe miteinander baulich verbundener Häuser ist offensichtlich schon länger unbewohnt, das Spielgelände ringsum verwildert. Bald soll hier neues Leben einziehen. Der Caritasverband Wuppertal/Solingen, die Diakonie Wuppertal und die Bethe-Stiftung haben gemeinsam die „Kinderhospiz-Stiftung Wuppertal“ gegründet, um auf dem Gelände des ehemaligen städtischen Kinderheims „Zur Kaisereiche“ den Bau des ersten und einzigen Kinderhospizes in der bergischen Region möglich zu machen.

„Wir können mit dem Bau beginnen, wenn 80 Prozent der veranschlagten Baukosten auf dem Stiftungskonto sind“, haben die am Projekt Beteiligten verabredet. Rund 700 000 Euro Spenden waren bis Anfang Juli eingegangen. Weitere 1,7 Millionen sind in Aussicht gestellt. Bei einer Bausumme in Höhe von 4,5 Millionen

Sie wollen auf dem Gelände des ehemaligen städtischen Kinderheims an der Kaisereiche im Wuppertaler Süden das Kinderhospiz verwirklichen (v. l.): Erich und Roswitha Bethe, Stadtdechant Dr. Bruno Kurth, Caritasdirektor Dr. Christoph Humburg, Fundraiserin Zita Höschen, Superintendentin Ilka Federschmidt und Diakoniedirektor Dr. Martin Hamburger.

Foto: Caritas Wuppertal/Solingen

Euro fehlen aber bis zur 80-Prozent-Zielmarke noch rund 1,2 Millionen Euro.

Dass diese Marke bald erreicht werden kann, dafür soll nun Zita Höschen sorgen. Die Mitarbeiterin des örtlichen Caritasverbandes stieg als Fundraiserin für die Kinderhospiz-Stiftung Wuppertal in den Ring. „Das Kinderhospiz wird ein großer Gewinn für die Stadt Wuppertal, aber auch für die gesamte bergische Region“, weiß die engagierte Mitarbeiterin und hofft, „dass Bürger und Unternehmer mit ihren Spenden helfen, dieses Projekt bald zu realisieren.“

Zwölf Plätze für lebensverkürzend erkrankte und schwerstmehrfachbehinderte Kinder – eine Mischung aus Hospiz- und Kurzzeitpflegeplätzen – soll das Kinderhaus zur Verfügung stellen. Dazu kommen Unterkünfte für Geschwister und Eltern, die bei Bedarf in der Nähe ihrer betreuten kranken Kinder ein wenig Erholung und Entlastung finden sollen.

„Das Kinderhospiz wird eine ideale Ergänzung zur ambulanten Kinderhospizarbeit. Hier bekommen die betroffenen Kinder und ihre Familien Kraft und Unterstützung für die schwersten Momente des Lebens“, betont Caritasdirektor Dr. Christoph Humburg. Der Caritasverband Wuppertal/Solingen, der mit seinem ambulanten Kinder- und Jugendhospizdienst als einziger regionaler Anbieter im gesamten Bergischen Land tätig ist, muss bislang seine jungen Patienten zur stationären Aufnahme an weiter entfernt liegende Einrichtungen vermitteln. ◀

Susanne Bossy

Ehrungen

Goldene Ehrennadeln erhielten für langjährige Mitarbeit in verschiedenen Einrichtungen der Caritas: **Katharina Kern** und **Edeltraut Kratz**, beide für 25-jähriges Dienstjubiläum im St.-Vincenz-Haus, Köln; **Brigitta Brüske**, **Margret Geus** und **Johanna Tewes** für langjähriges ehrenamtliches Engagement im Seniorenkreis der Pfarrei St. Dionysius, Niederkassel-Rheidt; **Dieter Lampert** und **Franz-Josef**

Srajek für langjährige Mitarbeit im Josefshaus, Bigge-Olsberg; **Gabriele Weissenberg** für vier Jahrzehnte Mitarbeit im St.-Elisabeth-Krankenhaus, Köln-Hohenlind; **Marlene Büchel** für langjähriges ehrenamtliches Engagement in der Casa Angela in Bad Münstereifel-Schönau; **Georg Lenhart** für 30-jährige Tätigkeit als Verwaltungsdirektor im Maria-Hilf-Krankenhaus, Bergheim/Erft; **Pastor Joseph Pathrapankal** für langjährige ehrenamtliche Unterstützung der indischen Ordensschwester in Düsseldorf.



Gemeinsame Kampagne

Katholische Seniorenzentren in Köln wollen dem Pflegenotstand vorbeugen

Infos zur Kampagne, zu Einrichtungen und Stellenangebote unter www.katholische-seniorenzentren.de

Die katholischen Seniorenzentren in Köln haben eine gemeinsame Kampagne zur Gewinnung von Pflegekräften ins Leben gerufen. Zu dem Verbund gehören 25 Einrichtungen von elf verschiedenen Trägern, die gemeinsam gegen den drohenden „Pflegenotstand“ steuern und das Image des Pflegeberufs als Beruf der Zukunft verbessern wollen. „Eine solche Herausforderung und gemeinsame Kampagne für den Pflegeberuf und für die Gewinnung von Mitarbeitenden lassen sich nur gemeinsam und nicht in Konkurrenz lösen“,



erläutert Peter Krücker, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Seniorenzentren. Ansprechen will die Kampagne Menschen, die früher einmal in der Pflege gearbeitet haben und wieder in den Beruf einsteigen möchten, sowie Pflegekräfte, die sich beruflich verändern möchten und einen Arbeitgeber suchen, der sie wertschätzt und gute Arbeitsbedingungen bietet. ◀

Stiftungsreport 2011 erschienen

Kinder, Jugendliche und Familien stärken, Armut bekämpfen und Randgruppen integrieren, das sind die Ziele der CaritasStiftung im Erzbistum Köln. Jetzt ist der neue Stiftungsreport erschienen. Der Fokus lag in diesem Jahr darauf, gemäß der bundesweiten Jahreskampagne der Caritas „Kein Mensch ist perfekt“ Projekte zu fördern, mit denen Barrieren zwischen Menschen mit und ohne Behinderung abgebaut werden. Aktuelle Nachrichten und Wissenswertes rund um die CaritasStiftung im Erzbistum Köln ergänzen die Berichte. ◀

Sie können den Stiftungsreport telefonisch unter Tel. 02 21 / 20 10-3 09 oder per E-Mail: info@caritasstiftung.de anfordern.

Menschen in der Caritas

Führungswechsel bei der „Guten Hand“: Der Vorsitzende der Stiftung „Die Gute Hand“ verabschiedete die Gründungsväter des Heilpädagogisch-psychotherapeutischen Zentrums in Kürten-Biesfeld, **Heinrich Hölzl** und **Professor Dr. Dr. Martin Schmidt**, nach vier Jahrzehnten in den Ruhestand. Nachfolger für Hölzl ist **Markus Schäfer**. **Dr. Judith Sinzig** von der LVR-Klinik Bonn folgt Professor Schmidt.

Caritas-Telegramm

Foto: Robert Boecker



Köln. Nur 25 Prozent aller Deutschen haben einen Organspendeausweis. Dabei ist die Zahl der Patienten, die auf ein lebenswichtiges Spenderorgan warten, um ein Vielfaches höher. Zum Jahreswechsel plant die Politik jetzt neue gesetzliche Regelungen einzuführen mit dem Ziel, die Spendenbereitschaft zu erhöhen. Eine der diskutierten Möglichkeiten ist die sogenannte „Erklärungslösung“, für die sich auch der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel (Foto) starkmacht: „Die Organspende ist ein sensibles Thema, dem wir uns aus Verantwortung zu den Mitmenschen stellen sollten. Meines Erachtens ist es gerechtfertigt, jeden wenigstens einmal nach seiner Bereitschaft zu fragen, damit er sich gut informiert dazu erklären kann und soll. Organspenden retten Leben!“

Bonn. Das Service-Angebot der Radstation der Bonner Caritas konnte jetzt um ein neues Projekt ergänzt werden: Das Tourismusprojekt „RadRegionRheinland“ startete in Kooperation mit den regionalen Radstationen einen „Fahrradverleih im Einweg-System“. Mit dem Angebot der Einweg-Miete können Radler unterschiedliche Fahrräder an den Radstationen ausleihen und an einer anderen wieder zurückgeben. Auch E-Bikes stehen zur Verfügung. Infos unter www.radregionrheinland.de.

Erzbistum. „INTERKULT – Wertevermittlung im interkulturellen Kontext. Konsequenzen für die Erwachsenenbildung in Europa“ ist der Titel einer europäischen GRUNDTVIG-Lernpartnerschaft, an der sich der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln zusammen mit dem Erzbistum und der Katholischen Hochschule NRW beteiligt. Die europäische Lerngruppe traf sich jetzt zum zweiten Mal und tauschte sich über neue Konzepte der Bildungsarbeit in gespaltenen Gesellschaften aus.



Foto: Caritas Rheine

Mit den Arbeiten des Künstlers Otmar Alt setzten sich die Schüler der Mittelstufe 2 der Christophorus-Förderschule der Caritas Rheine intensiv auseinander. Wie ihr Vorbild griffen auch sie zu kräftigen Farben und gestalteten viele bunte Tiere. Fantasievolle Skulpturen entstanden aus Abfallprodukten wie Joghurtbechern und Papprollen. „Turmkater“, „U-Boot-Raupe“ oder „Ohnekammrüssler“ benannten sie ihre Kunstwerke. In einer Vernissage stellten sie diese Eltern und Verwandten vor.

Rumänischer Besuch

Caritas Münster knüpft weiter am europäischen Netzwerk

Ein Netzwerk für die Eingliederung sozial ausgegrenzter Menschen in den Arbeitsmarkt im Nordosten Rumäniens knüpfen die Caritas in der Diözese Iasi und im Bistum Münster gemeinsam im Rahmen des EU-Projektes „Morgen in eigene Hände“. Interessante Erfahrungen aus Deutschland nahm dafür eine 28-köpfige Delegation aus dem osteuropäischen Land mit.

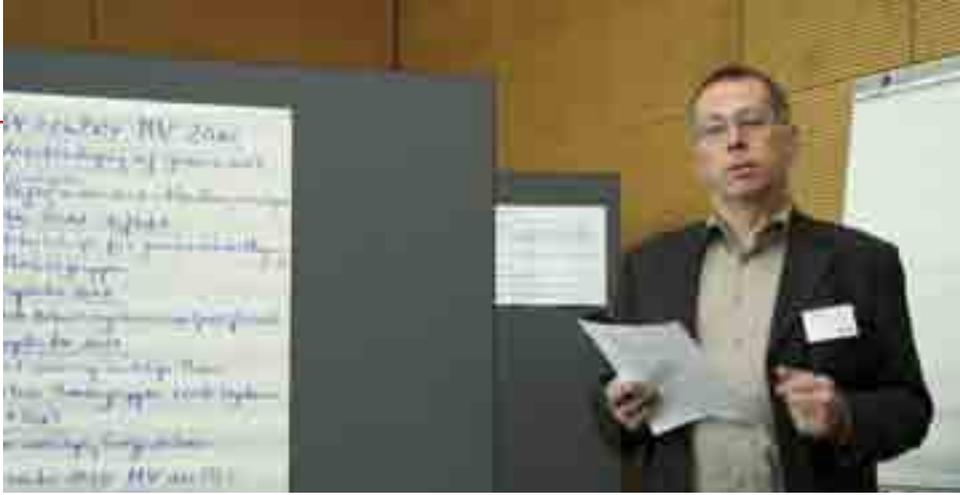
Eine Woche lang besuchten die rumänischen Gäste Arbeitslosenprojekte der Caritas in der Diözese Münster und informierten sich über das soziale Sicherungssystem in Deutschland. Angeführt wurde die Delegation vom Vorsitzenden Egidiu Condac und dem Direktor der Caritas Iasi, Marius Adam. Neben einer umfassenden Beratung will die Caritas in Iasi, mit der der Di-



Wie benachteiligte junge Erwachsene auf eine Ausbildung vorbereitet werden können, erfuhren die rumänischen Gäste in den Jugendausbildungsstätten der Caritas Rheine.

Foto: Harald Westbeld

özesan-Caritasverband Münster seit Jahren eine Partnerschaft pflegt, vor allem über 500 Arbeitslose in den Bereichen Hauskrankenpflege und Kinderbetreuung sowie als Masseur und Schreiner qualifizieren und damit gleichzeitig unter anderem Sozialstationen aufbauen. Sechs Kommunen im armen Nordosten des Landes sind dafür ausgesucht worden. Bevorzugt sollen Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, junge Erwachsene und Familien mit mehreren Kindern gefördert werden. Noch, so berichtete Egidiu Condac, seien die Rahmenbedingungen in Rumänien schwierig. Das gelte sowohl für die Schaffung von Arbeitsplätzen wie auch für die Finanzierung von sozialen Diensten. Besonders interessant sei deshalb das deutsche System der Unterstützung von Arbeitslosen. Wie Projekte für Arbeitslose aufgebaut und organisiert werden können, zeigte der Referatsleiter Soziale Arbeit im Diözesan-Caritasverband Münster, Dr. Ulrich Thien, den rumänischen Gästen an Beispielen auf. Besucht wurden in Münster das Jugendausbildungszentrum, die Stadtteilwerkstatt Nord und die Umweltwerkstatt. Wie behinderte Menschen integriert werden können, erfuhr die Gruppe im CAP-Markt in Issum. Im benachbarten Geldern wurde das Konzept des FairKaufHauses erläutert. ◀



Wo fängt die Gewalt an?

Einen Handlungsleitfaden für eine gewaltfreie Erziehung, Beratung und Betreuung erarbeitet die Arbeitsgemeinschaft Erzieherische Hilfen (AGE) der Caritas in der Diözese Münster. Sie hatte als Erste bundesweit im vergangenen Dezember eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung verabschiedet. Mit dem Leitfaden, für den Eckpunkte auf einer Fachtagung in Münster erarbeitet wurden, soll sie in die praktische

Arbeit umgesetzt werden. Ein Schwerpunkt wird darin der „grenzachtende Umgang“ sein, wie der AGE-Vorsitzende Norbert Pastoors betonte. ◀

Die Selbstverpflichtungserklärung im Internet:
www.caritas-muenster.de/50214.html

AGE-Vorsitzender
Norbert Pastoors gab die
Zielrichtung für die
Umsetzung der Selbstver-
pflichtungserklärung der
AGE vor.
Foto: Harald Westbeld

Anspruch auf Hilfe bleibt

Menschen mit Behinderungen haben einen Rechtsanspruch auf „bedarfsdeckende Unterstützung“, und der darf durch Sparanstrengungen der Kostenträger nicht gefährdet werden. Darauf wies Dr. Thomas Bröcheler, Vorsitzender der Diözesanen Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe in der Diözese Münster, auf der Mitgliederversammlung in Haus Hall in Gescher hin.

Wenn die Politik Leistungseinschränkungen wolle, dann müsse sie diese auch verantworten. Der Präsident des Landkreistages NRW und Landrat des Kreises Steinfurt, Thomas Kubendorff, hatte in seinem Vortrag zur Zukunft der Eingliederungshilfe auf die stark steigenden Kosten für die Betreuung behinderter Menschen hingewiesen und eine Absenkung von Leistungen nicht

ausgeschlossen. Die DiAG Behindertenhilfe vertritt rund 150 Einrichtungen und Dienste der Caritas in der Diözese Münster, die über 13 000 Menschen mit Behinderungen Wohnen, Arbeit und Beratung anbieten. Eine stärkere Rolle der Sozialhilfeträger bei der Feststellung des Bedarfs an Betreuung als weiteres Anliegen Kubendorffs wies Bröcheler, der mit Haus Hall die größte katholische Behinderteneinrichtung im Bistum leitet, ebenfalls zurück. Die Entscheidung darüber, welche Leistungen bewilligt würden, habe schon immer in der Hand der Sozialhilfeträger wie Landschaftsverbände, Kreise und Kommunen gelegen. Dass die Freie Wohlfahrtspflege hier eng eingebunden sei, liege im Wunsch der behinderten Menschen nach Begleitung und Rat begründet. ◀

Bleiberecht verlängern

Über 87 000 Menschen in Deutschland leben mit einer sogenannten Duldung. Das heißt, sie sind ausreisepflichtig, und ihre Abschiebung ist nur für wenige Tage bis maximal sechs Monate ausgesetzt. Nahezu zwei Drittel dieser Menschen leben schon seit mehr als sechs Jahren in dieser Situation, fast ein Drittel davon sind Kinder. Die für sie Mitte 2007 beschlossene Bleiberechtsregelung endet am 31. Dezember.

Auf einer Fachtagung des Diözesan-Caritasverbandes zusammen mit dem Bischöflichen Generalvikariat forderte Weihbischof Dieter Geerlings als Vertreter der Migrationskonferenz der Deutschen Bischofskonferenz eine Fristverlängerung: „Unsere Gesellschaft muss zur

Kenntnis nehmen, dass Menschen nicht in ihre Länder zurückgehen können und sie hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden haben.“

Angela Tieben vom Diözesan-Caritasverband Münster wies insbesondere darauf hin, dass viele Migranten die Anforderungen zur Absicherung des Lebensunterhaltes durch Arbeit nicht erfüllen können. „Wer jahrelang vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen ist, hat nicht immer die Möglichkeit, den notwendigen Lebensunterhalt voll abzudecken.“ Die Bundes- und Landtagsabgeordnete Ingrid Arndt-Brauer (SPD), Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Grüne) und Bernhard Tenhumberg (CDU) sprachen sich übereinstimmend dafür aus, die Stichtagsregelung abzuschaffen. ◀



Bei der Gründung der „Weihbischof Dr. Josef Voß Stiftung“ konnten gleich zwei Spendenschecks übergeben werden.
Foto: Christoph Kirchhoff

Weihbischof Dr. Josef Voß Stiftung

Der Diözesan-Caritasverband hat die „Weihbischof Dr. Josef Voß Stiftung“ als Stiftungsfonds unter dem Dach der Caritas GemeinschaftsStiftung für das Bistum Münster errichtet. Das Kapital stammt zu einem großen Teil aus dem Nachlass von Weihbischof Dr. Josef Voß.

Bischof Felix Genn, der den Gottesdienst anlässlich der Errichtung feierte, würdigte in seiner Predigt die Menschenfreundlichkeit und den unermüdlichen Ein-

satz von Weihbischof Voß für die Armen und Schwachen in der Gesellschaft. „Er hat sich bereits mit seinem Lebenszeugnis in die Kirche im Bistum Münster eingestiftet.“

Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann sagte, dass Weihbischof Voß auf das Engste mit der Caritas verbunden gewesen sei. Anlässlich der Gründung konnten bereits zwei Projekte, die Einrichtung einer Bibliothek an der Raphael-Förderschule für geistige Entwicklung in Recklinghausen und die Arbeit der Kinderschutzambulanz an der Kinderklinik in Datteln, mit jeweils 2 000 Euro unterstützt werden.

Weihbischof Dr. Josef Voß war von 1974 an bis zu seiner Ernennung zum Weihbischof 14 Jahre lang Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes. Auf der Ebene der Deutschen Bischofskonferenz blieb er der Caritas-Arbeit als Vorsitzender der Caritas-Kommission und der Migrationskommission eng verbunden. Er starb 2009 im Alter von 72 Jahren. ◀

Den Menschen nahe

Delegiertenversammlung beschließt strategische Ziele als Reaktion auf die Fusion von Pfarrgemeinden

Die Fusionen der Pfarrgemeinden gehen nicht spurlos an der Caritas vorbei. Sie sind nicht die einzige, aber eine besondere Herausforderung, die die Caritas in der Diözese Münster mit fünf strategischen Zielen aktiv angehen will. Die Delegiertenversammlung verabschiedete sie und gab damit das Startsignal für die Umsetzung, die in den kommenden Jahren vor allem in Projekten erfolgen soll.

Die Mitarbeit an der Neugestaltung der pastoralen Räume werde dabei, so Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann, „eine hohe Wichtigkeit haben und mit Priorität angegangen werden“. Hier sei ein gegenläufiger Prozess festzustellen. Während die Kirchengemeinden sich zentralisierten, sei bei den Caritasverbänden zu beobachten, dass sie ihre Hilfen verstärkt dezentral anböten. „Caritas kommt den Menschen näher“, begrüßte Kessmann diese Tendenz.

Eine „sozialräumliche Ausrichtung der sozialen Arbeit“ sei zwar für die Caritas in der Diözese Münster an sich nichts Neues. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Rückzugs der Kirchengemeinden aus der Fläche und

der Diskussion um „Quartiersarbeit“ gewinne sie aber eine neue Qualität, erklärte Kessmann vor den rund 100 Delegierten. Gleich in zwei strategischen Zielen wird dieser Aspekt angesprochen.

Da Caritas Arbeit mit Menschen für Menschen ist, wird eine weitere Herausforderung sein, auch in Zukunft genügend haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter zu finden. Hier gelte es, nicht zuletzt über das Freiwillige Soziale Jahr und den Bundesfreiwilligendienst Nachwuchs zu gewinnen, so Kessmann. Thema bleibt auch das Geld. Angesichts der stetigen Sparbemühungen die Qualität hochzuhalten werde immer schwieriger. „Qualität bewusst machen – Transparenz schaffen“ ist deshalb das dritte Ziel überschrieben.

Eindeutig dagegen sei, dass das Ausmaß der sozialen Ungerechtigkeit in Deutschland in den letzten Jahren weiter zugenommen habe. „Dies ist das Ergebnis politischer Weichenstellungen“, sagte Kessmann. Ein besonderer Skandal sei das hohe Armutrisiko bei Kindern. Armut durch Bildung zu bekämpfen gehört deshalb ebenfalls zu den vorrangigen Zielen für die kommenden Jahre. ◀

Caritas-Telegramm

Diözese Münster. Nicht mehr 129 wie 2009, sondern nur noch 70 Bewerber für die Aufnahme eines Pflegekindes melden die acht Adoptions- und Pflegekinderdienste der Caritas und ihres Fachverbandes Sozialdienst katholischer Frauen 2010. Nur noch jedes dritte suchende Kind konnte vermittelt werden. „Insbesondere für ältere Kinder über vier Jahre oder für entwicklungsverzögerte und stärker emotional gekränkte Kinder wird es immer schwieriger, neue Familien zu finden“, sagt Anne Ruhe beim Diözesan-Caritasverband Münster. 2009 konnten noch 67 von 172 Kindern vermittelt werden, im vergangenen Jahr fanden sich nur noch 62 Familien, obwohl für 185 Kinder Pflegeeltern gesucht wurden. Insgesamt, so Ruhe, begleiten die Pflegekinderdienste derzeit knapp 500 Kinder.



Foto: Gregor Wenzel

Münster. Schnitffeste Arbeitshandschuhe verteilt die Bahnhofsmision in Münster in ihrem neuesten Projekt. Auf die Idee ist Dr. Annette Fister gekommen. Die Arbeitsmedizinerin stieß auf das Problem, dass Wohnungslose sich beim Sammeln von Pfandflaschen verletzen. Die ersten Handschuhe kaufte sich noch aus eigener Tasche, jetzt hat die Aktion Mensch für ein Jahr 3 000 Euro bereitgestellt. Ein Paar schlägt mit zehn Euro zu Buche. Stolz stellten Annette Fister und die Leiterin der Bahnhofsmision, Dorothea Bükler, das Projekt vor.

Menschen in der Caritas

Im Kreiscaritasverband Coesfeld ist mit **Johannes Böcker** (57) ein Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden **Thomas Appelt** als Vorstand des Verbandes gefunden worden. Böcker ist in der nordrhein-westfälischen Caritas kein Unbekannter. Er leitete den Caritasverband Düsseldorf, bevor er in den Vorstand des Diözesan-Caritasverbandes Rottenburg-Stuttgart wechselte. Zu Jahresbeginn wird er sein neues Amt antreten.

Als Vertreterin der beruflich tätigen Mitarbeiterinnen im SkF ist **Angelika Nordmann-Engin** in den Bundesvorstand des Sozialdienstes katholischer Frauen gewählt worden. Sie leitet in der Diözese Münster den SkF Bocholt als Geschäftsführerin.

In die Altersteilzeit hat sich **Angela Tieben** verabschiedet. Seit 1993 hat sie sich im Diözesan-Caritasverband Münster um die Belange von Flüchtlingen gekümmert, zunächst in der Einzelfallberatung und später als Referentin in den Migrationsdiensten. Als weitere Aufgabe übernahm sie vor einigen Jahren den Bereich Rechtliche Betreuung. Nachfolgerin wird **Aiga Wegmann-Sandkamp**, die bislang die Erziehungsberatungsstellen beraten hat. Da sie derzeit noch das Projekt Wohnperspektiven koordiniert, wird den Bereich Rechtliche Betreuung zunächst **Relindis Tooten** übernehmen, die in diesem Arbeitsfeld beim KSD Hamm tätig ist.

In den Caritasrat wurde auf der Delegiertenversammlung **Martina Wilke** als neues Mitglied gewählt. Wilke ist Vorsitzende des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) in Lüdinghausen und zugleich Vorsitzende der Diözesanarbeitsgemeinschaft SkF in der Diözese Münster. In die Beitragskommission des Verbandes wurden **Christine Struve** als Vertreterin der Fachverbände sowie **Christoph Weß**

als Vertreter der Diözesanarbeitsgemeinschaften gewählt. Struve ist Geschäftsführerin des SkF in Lüdinghausen. Weß arbeitet bei der Trägergesellschaft der Katholischen Kliniken im Kreis Kleve.

Mit der Goldenen Ehrennadel

zeichnete Diözesan-Caritasdirektor **Heinz-Josef Kessmann** das Vorstandsmitglied der St.-Franziskus-Stiftung, **Wilhelm Hinkelmann**, aus. Seit 40 Jahren ist Hinkelmann verantwortlich für katholische Kliniken tätig, zunächst im St.-Franziskus-Hospital in Ahlen und ab 1993 als



Foto: Gregor Wenzel

Verwaltungsdirektor und Geschäftsführer der St.-Barbara-Klinik, Hamm-Heessen. 2008 rückte er in den Vorstand der St.-Franziskus-Stiftung auf, zu deren Verbund die beiden Krankenhäuser gehören. Dort kümmert er sich vor allem um Personal und Finanzen. Gleichzeitig ist er Geschäftsführer des St.-Franziskus-Hospitals, Ahlen, und des St.-Elisabeth-Hospitals, Beckum. Aktiv ist Hinkelmann zudem seit vielen Jahren in der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes.

Goldene Ehrennadeln haben erhalten: **Barbara Walther** und **Inge Maas**, Christophorus-Kliniken, Coesfeld; **Hermann Schremmer**, Caritasverband Moers-Xanten; **Maria Osterholt** und **Richard Huvers**, St.-Marien-Hospital, Borken.



Evelyn Hein aus Warstein-Sichtigvor (Mitte) hat sich als Erste im Erzbistum Paderborn für einen Bundesfreiwilligendienst entschieden. Ihr Einsatzort ist das Diözesanzentrum der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg in Rüthen. Hausleitung Gisela Hölscher (r.) und Mitarbeiterin Stefanie Sander freuen sich auf die neue Kollegin. Foto: DPSG



Besonderer Nachfrage erfreut sich der Bundesfreiwilligendienst beim Caritasverband Dortmund: Am 1. Juli wurden dort die ersten Teilnehmer begrüßt. Bis zum Jahresende rechnet der Verband mit 60 besetzten Stellen. Foto: CV DO

Die Bufdis sind da!

Schülerin aus Warstein ist die erste Freiwillige im Bundesfreiwilligendienst

Evelyn Hein (18) aus Warstein-Sichtigvor war die Schnellste: Die Schülerin hat den ersten Vertrag für den neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) im Erzbistum Paderborn unterschrieben. Nach den Sommerferien begann ihr Einsatz als „Bufdi“ – wie „Der Spiegel“ schrieb – im Diözesanzentrum der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg in Rüthen. Zum Start des BFD am 1. Juli lagen dann genau 30 Dienstverträge der zentralen Verwaltungsstelle für das Erzbistum im Diözesan-Caritasverband vor.

Nachdem die Zahl der Interessenten lange Zeit auf niedrigstem Niveau stagniert hatte, haben die Einsatzstellen kurz vor dem BFD-Start eine spürbare Nachfrage erlebt. Die Interessenten kommen aus allen Altersgruppen, Männer und Frauen sind gleichermaßen vertreten. Allein in Dortmund rechnet der örtliche Caritasverband mit 60 besetzten Stellen zum Jahresende. Diese Zahlen können zwar nicht mit der früheren Anzahl von Zivildienstleistenden konkurrieren – allein beim Caritasverband Dortmund waren 100 Zivis im Einsatz –, sind jedoch für die Caritas ein positives Signal.

Das Prinzip heißt Klasse statt Masse, wie es bei einer Fachtagung des Diözesan-Caritasverbandes im Mai in Paderborn verdeutlicht wurde. „Im Bundesfreiwilligendienst sollen die besten Erfahrungen des Zivildienstes aufgegriffen und kreativ weiterentwickelt werden“, erklärt Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Konkret: Im BFD wird es qualitativ hochwertige Angebote „nah am Menschen“ geben.

Rund 350 BFD-Plätze wird die Caritas bistumsweit zur Verfügung stellen können, genauso viele wie im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Das Platzangebot im FSJ wurde damit im Vergleich zu früheren Jahren fast verdreifacht; voraussichtlich werden alle Plätze belegt werden können. Insgesamt rechnet die Caritas also mit 700 Freiwilligen in BFD und FSJ. Im Zivildienst waren zu Spitzenzeiten (1999) rund 1 600 junge Männer im Einsatz, im Vorjahr immerhin noch 1 200. Alle früheren Zivi-Dienststellen werden zukünftig auch BFD-Stellen anbieten. Die Internetpräsenz www.caritaszivi.de bietet offene Stellen im Bereich des Bundesfreiwilligendienstes an. ◀

J. Sauer

Da hat der Himmel die Erde berührt

1 000 Ehrenamtliche bei CKD-Diözesanwallfahrt in Werl

Rund 1 000 Ehrenamtliche der Caritas-Konferenzen im Erzbistum Paderborn (CKD) sind am Fest Christi Himmelfahrt zu einer Wallfahrt nach Werl aufgebrochen. Anlass war das 350-jährige Jubiläum des Marienwallfahrtsortes am Hellweg.

Unter dem Motto „Da hat der Himmel die Erde berührt“ wurde den Caritas-Ehrenamtlichen ein buntes und abwechslungsreiches Programm geboten. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einem Festgottesdienst in der Wallfahrtsbasilika, zelebriert von Weihbischof Manfred Grothe, dem Geistlichen Begleiter des CKD-Diözesanverbandes. Nach dem gemeinsamen Mittagessen konnten die Ehrenamtlichen am Nachmittag an verschiedenen kulturellen und spirituellen Programmelementen teilnehmen.



Die Werler Wallfahrtsbasilika war Ziel der diesjährigen Diözesan-Wallfahrt der Caritas-Konferenzen. Rund 1 000 Ehrenamtliche wollten dabei sein.

Foto: pdp

In der Stadthalle Werl führte das „Projekt-Musik-Theater Wiedenbrück“ unter der Leitung von Barbara Sandforth eine „himmlische Revue“ mit dem Titel „Wie im Himmel, so auf Erden“ auf. Kreuzweggebete, Meditationen, eine Stadtführung durch das „himmlische“ Werl und ein „himmlisches“ Orgelkonzert ergänzten das Programm. Auf dem Vorplatz der Basilika konnten sich die Teilnehmer auf einem Markt der Möglichkeiten über verschiedene Projekte informieren. An zehn Informationsständen stellten Ehrenamtliche ihre Arbeit vor: So konnte die Aktion „Kirche am Telefon“ der CKD Ense-Bremen praktisch ausprobiert werden, die Gruppe „Miteinander“ der CKD Lippstadt stellte das Engagement für und mit Menschen mit Behinderung vor. Neue Formen der Projektarbeit zeigten die CKD-Gruppen aus Bad Arolsen und Hilchenbach. ◀ pdp

Aufbruch im Umbruch

Start des Demografie-Projektes im Diözesan-Caritasverband

Mit einer Auftaktveranstaltung im Berufsförderungswerk Hamm hat der Diözesan-Caritasverband ein auf zwei Jahre angelegtes Projekt zum demografischen Wandel im Erzbistum Paderborn gestartet. Ziel des Projektes ist es u. a., den Caritas-Auftrag unter sich verändernden demografischen Bedingungen in den Blick zu nehmen und auf die Herausforderung einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung zu reagieren.

Dabei mache der Projekt-Titel „Aufbruch im Umbruch“ deutlich, dass es beim demografischen Wandel nicht nur um ein diffuses Schreckgespenst gehe, wie Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig in Hamm betonte. „Hier gibt es eine Dynamik, die auch neue Möglichkeiten eröffnen kann.“ Der Diözesan-Caritasverband hatte im Vorfeld eine schriftliche Befragung zum demografischen Wandel durchgeführt, deren Ergebnisse in Hamm

präsentiert wurden. 2 400 Personen – überwiegend in den Regionen Hagen und Warburg – wurden schriftlich befragt, 563 Personen haben geantwortet. Zu den Bereichen, in denen für die Zukunft

größte Befürchtungen bestehen, gehören demnach die gesundheitliche und pflegerische Versorgung sowie das Schulangebot. Angesprochen auf das persönliche Engagement, ist eine Mehrheit bereit, sich „ein wenig“ im Rahmen der Nachbarschaftshilfe zu engagieren; bei der Pflege öffentlicher Anlagen oder gar des kranken Nachbarn ist bei den meisten aber die Grenze des Zumutbaren erreicht. Nach der Familie stehen Wohlfahrtsverbände ganz oben auf der Skala der potenziellen Helfer. Von der Caritas wird erwartet, dass sie vor allem mit der Förderung von Ehrenamt und Selbsthilfe auf den demografischen Wandel reagiert, aber auch mit Angeboten wie neuen Wohnformen. ◀ J. S.



Demografie-Projekt der Caritas gestartet: Teilnehmer eines Reha-Vorbereitungslehrganges im Berufsförderungswerk Hamm boten eine szenische Darstellung der Bevölkerungsentwicklung – hier die Zunahme der Zahl älterer Menschen.

Foto: Sauer



Die Beauftragte für Menschenrechte in Polen, Irena Lipowicz, (rechts) überreicht Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig das Ehrenabzeichen „Für Verdienste um die Menschenrechte“.

Gegen Ausbeutung und Gewalt

Menschenrechts-Auszeichnung für Haushaltshilfen-Projekt der Caritas sorgt für Anerkennung in Polen

Hohe Auszeichnung für den Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig: Die Beauftragte für Menschenrechte in Polen, Irena Lipowicz, hat ihm in Warschau das Ehrenabzeichen „Für Verdienste um die Menschenrechte“ verliehen. Die Ombudsfrau des polnischen Parlamentes würdigte Lüttigs Einsatz für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen polnischer Haushaltshilfen in Deutschland und den Aufbau eines Modellprojektes für deren fairen und legalen Einsatz.

„Seit vielen Jahren ist uns die Situation der oft illegal arbeitenden polnischen Frauen im Ausland ein Dorn im Auge“, betonte Frau Lipowicz. Dies sei kein Randproblem angesichts einer geschätzten Zahl von rund 150 000

Haushaltshilfen aus Polen, die allein in Deutschland, Österreich oder Italien im Einsatz seien. Die Frauen seien oft nicht unfall- und krankenversichert, hätten keinen Anspruch auf Altersversorgung und seien schutzlos der Willkür in den Haushalten ausgeliefert. „Das Caritas-Projekt ist ein wichtiger Beitrag, sich der Gewalt gegen Frauen entgegenzustellen“, erklärte Frau Lipowicz. Es sei ein Projekt der Hoffnung und des Mitleids. Es trage wesentlich dazu bei, das Thema Menschenwürde in den Mittelpunkt zu stellen.

Auch im polnischen Außenministerium ist man auf das Projekt aus Paderborn aufmerksam geworden. Der stellvertretende polnische Außenminister Maciej Szpunar bezeichnete die Arbeit der Caritas als einen wichtigen Beitrag für die deutsch-polnischen Beziehungen, insbesondere im Jubiläumsjahr des Nachbarschaftsvertrages von 1991. „Das Projekt trägt dazu bei, negative Klischees zu beseitigen.“ Caritasdirektor Lüttig widmete die Auszeichnung allen Projektpartnern in Deutschland und Polen. Die Anerkennung der Menschenrechte sei ein natürlicher Konsens aller zivilisierten Völker. „Diesen Konsens gilt es jederzeit zu verteidigen.“ An dem Festakt nahmen neben dem Apostolischen Nuntius in Warschau, Erzbischof Celestino Migliore, zahlreiche Verantwortliche und Mitarbeiter des Projektes aus Deutschland und Polen teil. Aus dem Erzbistum Paderborn war eine Delegation aus Paderborn, Brilon, Soest und Olpe angereist.

Im Sommer 2009 hatte der Diözesan-Caritasverband einen Kooperationsvertrag mit der Caritas in Polen geschlossen. Ziel war es, ein gemeinsames Projekt auf die Beine zu stellen, das sowohl den Interessen Arbeit suchender Frauen in Polen entgegenkommt als auch den Anforderungen von Pflegebedürftigen in Deutschland. ◀

J. Sauer



Zur „Paderborner Delegation“ in Warschau gehörten auch Verantwortliche und Koordinatorinnen des Projektes in den örtlichen Caritasverbänden Paderborn, Brilon, Olpe und Soest. Sie nutzten den Besuch zu einem Arbeitstreffen mit den polnischen Projektpartnern, die aus mehreren Diözesen in die Zentrale von Caritas Polen gekommen waren. Ohne diesen persönlichen Kontakt würde das Haushaltshilfen-Projekt, das „Angebot und Nachfrage“ zusammenbringen möchte, kaum funktionieren.

Fotos: Sauer

Menschen in der Caritas

Der Kreuzbund im Erzbistum Paderborn hat einen neuen Diözesan-Vorsitzenden. Die Delegiertenversammlung der Selbsthilfe- und Helfergemeinschaft für Suchtkranke und deren Angehörige wählte jetzt **Otto Fehr** (61) aus Dortmund in dieses Amt. Sein Stellvertreter ist **Franz-Josef Kersting** (57) aus Meschede. Vor den Wahlen verabschiedeten die Delegierten zwei langjährige Vorstandsmitglieder: **Rudolf Gattwinkel** aus Lennestadt als Diözesan-Vorsitzenden und **Hartmut Keller** aus Dortmund als ersten Stellvertreter. Rudolf Gattwinkel machte in seinen Abschiedsworten deutlich, wie viel ihm die ehrenamtliche Kreuzbund-Arbeit auch persönlich bedeutet. Das tragende Prinzip des Kreuzbundes, einander Weggefährte zu sein, möchte er nicht mehr missen.



Neue Spitze des Kreuzbund-Diözesanverbandes (v. r.): Vorsitzender **Otto Fehr**, **Mechthild Nolte** (2. stv. Vorsitzende), **Franz-Josef Kersting** (1. stv. Vorsitzender) und Geschäftsführer **Egon Lepach**
Foto: Kreuzbund-DV

Mit einem Festakt verabschiedeten sich Weggefährten, Mitarbeiter und zahlreiche hochrangige Gäste von **August Busch**, dem scheidenden Direktor des Berufsförderwerks Hamm. Nicht nur den Teilnehmern, die gesundheitsbedingt eine neue Perspektive suchen, ein ideales und umfassendes Angebot zu bieten, sondern auch den Mitarbeitern einen sicheren und zufriedenstellenden Arbeitsplatz garantieren zu können war 15 Jahre lang oberste Maxime für den gebürtigen Dülmener. Seinen Führungsstil skizzierte **Prälat Dr. Peter Klasvogn** von der Kommende Dortmund bei der Verabschiedung folgendermaßen: „Offenheit und Transparenz, Bereitstellung von Kommunikationsstrukturen und Informationsfluss, Ermutigung zu Eigenverantwortung und Partizipation. Schlüsselemente einer Unternehmenskultur der Zukunft.“



August Busch, **Wolfgang Dings**
Fotos: BFW Hamm / Mroß

Nachfolger **Wolfgang Dings** findet nicht nur ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen vor, sondern auch eine motivierte Mitarbeiterschaft. Ideale Voraussetzungen für den 55-Jährigen aus Bigge-Olsberg. Die Leitung des BfW in Hamm übernimmt er parallel zur Geschäftsführung des BfW Bad Wildbad.

Caritas-Telegramm



Foto: Neuhaus

Lichtenau. 260 Kinder und Jugendliche haben am diesjährigen Pfingstlager der Malteser-Jugend in Lichtenau-Atteln bei Paderborn teilgenommen. Unter dem Motto „Die spinnen, die Römer“ stand das Treffen ganz im Zeichen von Asterix und seinen Abenteuern. Seit 1977 veranstalten die Malteser jährlich ihr Pfingstlager. Organisiert hatte das diesjährige Zeltlager die Malteser-Jugend aus Borchen.

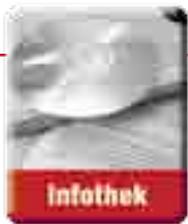
Unna. In Hemmerde, einem Ortsteil von Unna an der Grenze zu Werl, ist der Carekauf-Supermarkt längst zum neuen Dorfzentrum geworden – nun gibt es den integrativen Supermarkt auch im benachbarten Ortsteil Lünern. „Wir haben schon im Vorfeld viel positiven Zuspruch bekommen“, sagt Caritas-Geschäftsführer Franz-Josef Chrosnik. Mit der Eröffnung des Marktes in Lünern möchte der Caritasverband an den Erfolg des Hemmerder Modells anknüpfen.

Bad Sassendorf. Die Caritas-Sozialstation Bad Sassendorf hat neue Räumlichkeiten bezogen. Neben der Beratung und den Leistungen der ambulanten Versorgung bietet die Station jetzt auch einen Senioren-Shop, in dem Alltagshilfen für Senioren käuflich zu erwerben sind. Im Kreis Soest gibt es elf Caritas-Sozialstationen. Träger ist die Caritas Alten- und Krankenhilfe gGmbH des Caritasverbandes für den Kreis Soest. Täglich werden kreisweit rund 2 500 Bürgerinnen und Bürger versorgt.

Paderborn. Der Chor „Nadeschda“ und das Kinder-Ensemble „Russitschki“ aus St. Petersburg besuchten im Rahmen ihres jüngsten Deutschland-Besuches auch den Diözesan-Caritasverband. Caritasdirektor Josef Lütting konnte neben den Musikern auch Vertreter der Caritas St. Petersburg mit Direktorin Natalia Pewzowa begrüßen. Die Erlöse der Konzerte kommen der dortigen Caritas zugute. Spontan gab der Chor „Nadeschda“ eine Kostprobe seines Könnens im Innenhof von Caritasverband und Liborianum – sehr zur Freude aller Mitarbeiter.



Foto: Sauer



Homann, Dieter; Reimer, Vera: *Jungen können alles! – Mädchen können alles! Ein Trainingskurs zur Identitätsfindung.* 142 S., Verlag an der Ruhr, Mülheim a. d. Ruhr 2011, 16,80 Euro

Soziales Training – Ich-Werdung

Aktuelle Studien besagen: Mädchen kommen in der Schule besser zurecht, während sich die Jungen zu Verlierern in Bildungsfragen entwickeln. Die Zeiten, in denen die große Mehrheit der Abiturienten männlich war, sind längst vorbei – und doch gibt es noch immer Rollendenken und Erwartungen, mit denen sich Jungen und Mädchen konfrontiert sehen.

Dieses Buch stellt zwei Kurse vor, die Jugendlichen helfen, ihren eigenen Weg jenseits von Stereotypen zu finden. Sie lernen, ihre Interessen und Fähigkeiten zu erkennen und richtig einzuschätzen, reflektieren ihr Leben in Familie, Clique und Schule, beschäftigen sich mit Vorbildern, Geschlechterrollen und Erwartungen an das eigene und das andere Geschlecht und sprechen über Pubertät und erste Liebe.

Die von der Caritas entwickelten Trainingskurse – basierend auf Methoden der klassischen Jugendarbeit – wurden bereits erfolgreich eingesetzt. Sie sind als Nach-



mittagsangebot für Schule und Jugendarbeit gedacht und mit geringem Aufwand umzusetzen. Das Wendebuch trennt Jungen- und Mädchenkurs – so lassen sich die beschriebenen Gruppenstunden optimal umsetzen, und der Leser hat alles in einem Band.

Geschrieben haben das Buch zwei Mitarbeiter aus der Caritas-Beratungsstelle für

Kinder, Jugendliche und Eltern in Ahaus, die über eine mehr als zehnjährige Erfahrung mit geschlechtsspezifischer Gruppenarbeit verfügen. Einige Hundert Jugendliche haben dabei bereits gelernt, ihre Interessen und Fähigkeiten zu erkennen, richtig einzuschätzen und ihr Leben in verschiedenen sozialen Bezügen zu reflektieren. In solchen Gruppen herrscht ein hohes Maß an Vertrautheit, so dass manchmal Dinge zur Sprache kommen, die die Jugendlichen an kaum einem anderen Ort zu thematisieren wagen.

M. Lahrmann

Griep, Heinrich; Renn, Herbert: *Das Recht der Freien Wohlfahrtspflege – Grundlagen und Perspektiven.* 280 S., Lambertus-Verlag, Freiburg 2011, 19 Euro

Uneingeschränkt empfehlenswert

Die Lektüre dieses Buches wurde mir als Vorbereitung auf meine Tätigkeit als Juristin für den Caritasverband für das Bistum Essen empfohlen. Ich las es mit der Erwartung, einen umfassenden Überblick über die Grundlagen und die Perspektive der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland zu bekommen. Ich versprach mir durch diesen Überblick, meine neue tägliche Arbeit besser einordnen und die Zusammenhänge verstehen zu können. Zudem hoffte ich, dass es sich bei dem „Recht der Freien Wohlfahrtspflege“ um ein inhaltlich gut strukturiertes und leicht verständliches Werk handelt, so dass mir eine Lektüre auch in der Freizeit oder auf dem Weg zur Arbeit möglich ist. Diese Erwartungen konnte das Werk uneingeschränkt erfüllen.

Da sowohl Griep (Justiziar des Caritasverbandes für die Diözese Mainz) als auch Renn (Leiter der Rechtsstelle des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau) für die beiden größten Mitgliedsverbände der Freien Wohlfahrtspflege tätig sind, haben sie die nötige Bin-

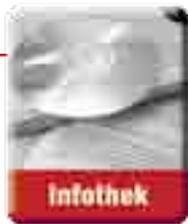


nenkenntnis, um sich auch kritisch mit den Organisationsstrukturen der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege auseinanderzusetzen. So können sie Veränderungen anregen, um das Handeln der Freien Wohlfahrtspflege und der einzelnen Verbände in einem stärkeren Maße zu legitimieren und effektiver zu gestalten.

Besonders gut haben mir die von den Autoren am Ende des Werkes aufgestellten Thesen über die Rechte und Pflichten der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland gefallen. Dadurch wird der Inhalt des Buches noch einmal auf das Wichtigste zusammengefasst. Dem Leser wird es so ermöglicht, das zuvor Gelesene noch einmal zu reflektieren und selbst gedanklich zu der Frage Stellung zu beziehen, welche Perspektive besteht und wie frei die Freie Wohlfahrtspflege wirklich ist.

Jedem an der Freien Wohlfahrtspflege interessierten Leser ist „Das Recht der Freien Wohlfahrtspflege“ daher uneingeschränkt zu empfehlen.

Kirsten Vollmer



Unser täglich Brot 2012.
Format: 11,5 x 33,5 cm
(Rückwand), 6,6 x 10 cm
(Kalenderblock), Block-
heftung. Einzelpreis 4,40
Euro (Staffelpreis),
ISBN 978-3-7841-2028-7

Caritas-Kalender 2012.
Format: 16,5 x 24 cm,
160 Seiten, kartoniert,
vierfarbig illustriert.
Einzelpreis 5,40 Euro
(Staffelpreis),
ISBN 978-3-7841-2027-0

*Derlien, Hans-Ulrich;
Böhme, Doris; Heindl,
Markus: Bürokratiethorie. Einführung in eine
Theorie der Verwaltung.*
Aus der Reihe: Studien-
skripten zur Soziologie.
268 S., VS Verlag, Wies-
baden 2011, 24,95 Euro

Die Caritas-Kalender 2012 – Inspirationen für jeden Tag

Über 13 Millionen Mal haben sich die Caritas-Kalender in den letzten 60 Jahren bereits verkauft. Sie werden in sozialen Einrichtungen, Pfarreien und Verbänden als beliebtes Geschenk für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt, als Dankeschön für engagierte Ehrenamtliche oder als Aufmerksamkeit für zu betreuende Personen überreicht. Der Tages-Abreißkalender „Unser täglich Brot 2012“ begleitet die Leserinnen und Leser mit ausgesuchten Bibelzitat und anregenden Gedanken bekannter Autoren. Neu ab dem Kalenderjahr 2012: Die beid-



seitig verwendbare Rückwand ist auf hochwertigem Weißkarton gedruckt. Dadurch konnten die Festigkeit und Druckqualität noch einmal wesentlich verbessert werden. Außerdem wird das Einstecken des Kalenderblocks durch eine neue Lochung auf der Rückwand erleichtert.

Das Caritas-Kalender-Buch 2012 setzt Akzente mit vielen kurzen und einprägsamen Geschichten sowie Garten-, Koch- und Gesundheitstipps. Das Buch ist mit zahlreichen farbigen Fotos und Zeichnungen klar und übersichtlich gestaltet. Ein Lese- und Bilderbuch für das ganze Jahr.

Einführungsbuch zur Bürokratiethorie

Ausgehend von Max Webers Ausführungen, möchte das Buch das für moderne Gesellschaften ubiquitäre Phänomen der „Bürokratie“ theoretisch erfassen. Dabei werden vier Dimensionen herausgearbeitet und beschrieben: Bürokratiethorie als Gesellschaftstheorie, die Beziehungen zwischen Bürokratie und Politik, das Verhältnis von Individuum und Bürokratie sowie die Bürokratiethorie als Organisationstheorie. Das Buch schließt mit einem Blick auf das Thema der Entbürokratisierung. Die Autoren machen dabei zu Recht deutlich, dass „Bürokratie nicht alleinstehend, sondern eben im Kontext und mit Blick auf Prozesse und Entwicklungen betrachtet werden muss“ (S. 241). So präsentiert es sich als „Sammelwerk“, das einen differenzierten Ansatz für die Auseinandersetzung mit Bürokratie ermöglicht und genau daher jede pau-



schale Bürokratie-Kritik unmöglich macht. Die Autoren sprechen sogar vom „Siegesszug bürokratischer Merkmale“, wobei sie keine „dauerhaft brauchbaren Alternativen“ sehen, „um das bisherige bürokratische System abzulösen“ (S. 242). Es wäre jedoch wünschenswert gewesen, wenn die Autoren etwas stärker die Trennlinie untersucht hätten, an der eine an sich positive Bürokratie (Rechtssicherheit, Transparenz, Effizienz) zum sich selbst genügenden „Monster“ und damit zur Plage für die moderne ausdifferenzierte Gesellschaft wird. Denn wie so oft sind es gerade „untere soziale Schichten und Randgruppen, die aufgrund ihrer Einkommens- und Problemlagen häufiger und länger mit mehreren Behörden, deren Leistungsprogramme sie in Anspruch nehmen (müssen), Kontakt haben“ (S. 192). Da kann man schon Verständnis für die Kritik an der „Beamtenherrschaft“ entwickeln. *M. Lahrmann*

Impressum

„Caritas in NRW“
Lindenstraße 178
40233 Düsseldorf
Telefon: 02 11 / 51 60 66-20
Telefax: 02 11 / 51 60 66-25
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de
<http://www.caritas-nrw.de>

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von
Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn,
vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor
Andreas Meiwes, Essen

Chefredakteur: Markus Lahrmann
Redaktionssekretariat: Kevin Jandrey
Redaktion:
Christoph Grätz (Essen)
Alfred Hovestädt,
Dagmar Gabrio (Köln)
Heinz-Gert Papenheim
(Recht-Informationsdienst, Köln)
Jürgen Sauer (Paderborn)
Gerd Schnitzler (Aachen)
Harald Westbeld (Münster)

Layout: Alexander Schmid
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Anzeigenverwaltung:
Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn
Karl Wegener
Telefon: 0 52 51 / 1 53-2 20
Telefax: 0 52 51 / 1 53-1 04
E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de
Anzeigenverkauf: Karl Markowsky
Verkaufspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gedruckt auf
Bilderdruck-Papier, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichten
Faserstoffen.

ISSN 1617-2434

